

# Zivilgesellschaft zwischen Freude und Frustration

Der Aufruf von Intellektuellen zur  
Enteignung der Fürsten 1926

---

ROBERT LORENZ

Raffgierig reckt sich aus dem Hinterhalt eine klauenartige Fürstenhand nach dem Volksvermögen, doch stoppt sie die wachsame Faust eines rechtschaffenen Arbeiters. In solch martialischen Bildern jedenfalls illustrierten unzählige Propagandaplakate<sup>1</sup> eine der konfliktreichsten politischen Auseinandersetzungen der Weimarer Republik: die Frage nach einer materiellen Enteignung der ehemaligen Fürsten des deutschen Kaiserreichs.

In ihrer kurzen Lebenszeit von weniger als fünfzehn Jahren bot die Weimarer Republik so einiges an politischem Drama auf. Zu diesem geschichtlich beeindruckenden Ereignisreichtum steuerte ausgerechnet jene Gruppe einen hervorstechenden Akt bei, die von der Republik eigentlich überwunden worden war: die Angehörigen der ehemaligen Fürstenhäuser. Das Ganze in Kürze: Mitte der 1920er Jahre geriet die Weimarer Demokratie durch eine schwer lastende „Hinterlassenschaft der Novemberrevolution“<sup>2</sup> einmal mehr in eine innenpolitische Bredouille, für die im Wesentlichen ihre Geburtshelfer verantwortlich zeichneten. Es war ja schließlich kein einfaches Unterfangen gewesen, die konstitutionelle Monarchie durch eine demokratische Ordnung unter dem zusätzlichen Druck einer insbesondere für Wirtschaft und Bevölkerung erschütternden Kriegsniederlage zu ersetzen. Weder die provisorische Regierung des „Rats der Volksbeauftragten“, die von dem SPD-Vorsitzenden und späteren Staatsoberhaupt Fried-

---

1 Siehe SPD-Flugzettel: Den Fürsten keinen Pfennig!, in: Zentral- und Landesbibliothek Berlin (ZLB), NL Kuczynski, Kuc7-1-2-1751a.

2 Jung, Otmar: Direkte Demokratie in der Weimarer Republik. Die Fälle „Aufwertung“, „Fürstenenteignung“, „Panzerkreuzerverbot“ und „Youngplan“, Frankfurt am Main/New York 1989, S. 49.

rich Ebert geleitet wurde, noch die anschließend einberufene Nationalversammlung hatten 1918/19 die Gunst der politischen Umbruchsituation für eine langfristigen Bestand versprechende Regelung zu nutzen vermocht. Als Problem erwies sich der Umgang mit den Besitztümern der Herrscherhäuser, die sich nicht immer von dem privaten Familienbesitz trennen ließen. So verfügten in den Revolutionswirren die demokratisch gesinnten Landesregierungen per Gesetz, dass große Teile des Fürstenvermögens – Schlösser, Ländereien, Gemälde etc. – in Staatsbesitz übergehen sollten. Dabei handelte es sich jedoch mitnichten um eine vollständige Enteignung gestürzter Monarchen, wie man sie sich für eine Revolution einstiger Untertanen vorstellen mag, vielmehr beließen die Regierungen den Fürstenhäusern immer noch stattliche Reichtümer. Jedoch: Die Gesetze waren zumeist in der unmittelbaren Übergangszeit von der konstitutionellen Monarchie zur Demokratie beschlossen worden, ihre Gültigkeit durch die anschließend verabschiedete Reichsverfassung nicht ausdrücklich bestätigt worden. Nach 1919 bestand eine veritable „Rechtsunsicherheit“, denn: „Keine Notverordnung oder Übergangsbestimmung regelte in der neuen Verfassung die Frage der Fürstenvermögen.“<sup>3</sup> Für gewiefte Juristen war es daher kein Problem, die 1918/19 durchgeführten Konfiskationen anzufechten und eine Rückgabe der enteigneten Güter und Vermögenswerte einzufordern. Es stand nun im verfassungsrechtlichen Ermessen der Gerichte, die Enteignungen zu bestätigen oder für ungültig zu erklären.

Allerdings waren die deutschen Richter zumeist keine sonderlich euphorischen Advokaten des demokratischen Systems von Weimar. Weil die Judikative der Republik mindestens skeptisch, wenn nicht sogar feindlich gegenüberstand, nutzte sie jeglichen Spielraum der Verfassung aus, um die gesellschaftlichen Eliten des Kaiserreichs zu begünstigen. Die Fürstengeschlechter bemerkten diese „konstant einseitigen Gerichtsurteile“<sup>4</sup> und begannen in immer mehr Ländern, gegen den Staat zu prozessieren.<sup>5</sup> Und tatsächlich: Jedesmal entschieden die Gerichte zugunsten der Fürsten,<sup>6</sup> schon bald drohten dem Staat Unsummen von Entschädigungsgeldern. Die Gerichte kompensierten durch eine bestimmte Gesetzesauslegung in ihren Urteilen

3 Horstmann, Holger: „Keinen Pfennig den Fürsten!“. Der Volksentscheid zur Fürstenenteignung 1926, in: Hannoversche Geschichtsblätter, Jg. 45 (1991), S. 87-144, hier S. 89.

4 Ebd., S. 91.

5 Vgl. Pleyer, Hildegard: Politische Werbung in der Weimarer Republik. Die Propaganda der maßgeblichen politischen Parteien und Gruppen zu den Volksbegehren und Volksentscheiden „Fürstenenteignung“ 1926, „Freiheitsgesetz“ 1929 und „Auflösung des Preußischen Landtages“ 1931, Münster (Dissertation) 1959, S. 19.

6 Vgl. dazu Stentzel, Rainer: Zum Verhältnis von Recht und Politik in der Weimarer Republik. Der Streit um die sogenannte Fürstenenteignung, in: Der Staat, Jg. 39 (2000) H. 2, S. 275-297, hier S. 283-291.

die Weimarer Verfassung, die in Abgrenzung zu jenem System entworfen worden war, in welchem die Fürstenhäuser noch eine staatliche Institution dargestellt hatten. „Auf diese Weise wurde ein Teil des revolutionären Umbruchs negiert.“<sup>7</sup> In der Öffentlichkeit sorgte das, juristisch ausgedrückt: „methodisch selektive Vorgehen“, dem auch die Reichsregierung keinen gesetzlichen Einhalt gebot, schon bald für Unmut. Weshalb sollte beispielsweise der preußische Staat – immerhin von Sozialdemokraten regiert – die einst so revolutionär vertriebenen Hohenzollern mit Hunderten Millionen Reichsmark abfinden?

Gleichzeitig versagte die Politik an der Notwendigkeit, den Freiraum der Gerichte mit Gesetzen einzuschränken. Selbst nach mehrmonatigem Beratschlagen fand das Parlament zu keiner gesetzlichen Lösung; lediglich das sogenannte „Sperrgesetz“ wurde beschlossen, welches sämtliche laufenden Gerichtsverfahren bis Ende Juni 1926 zur Pause zwang.<sup>8</sup>

In der Bevölkerung erhoben sich vergleichsweise heftige öffentliche Proteste gegen eine Entschädigung der enteigneten Fürsten, die allerdings im Reichstag keine parlamentarische Entsprechung fanden. Einzig die KPD brachte am 25. November 1925 einen Gesetzentwurf ein, der die entschädigungslose Enteignung vorsah, im Parlament angesichts der Mehrheitsverhältnisse freilich keinerlei Aussicht auf Erfolg besaß. Weil die Sozialdemokraten noch auf eine Regierungsbeteiligung hofften und zudem möglichst auf Abstand zu den Kommunisten bleiben wollten, herrschte im linken Lager diesbezüglich obendrein Uneinigkeit – obwohl die gemeinsame Wählerbasis der KPD-Position zuzuneigen schien, wovon etliche spontane Protesteruptionen in einigen Städten des Reichs kündeten.<sup>9</sup>

Alle staatlichen Gewalten schienen folglich in dieser Sache zu versagen: die Judikative, die einseitige Urteile fällte; die Legislative, die kein Gesetz zuwege brachte; und die Exekutive, die Bereitschaft zeigte, den fürstlichen Forderungen nachzugeben. Hier tat sich nun eine breite Lücke für zivilgesellschaftliche Intervention auf: Eine stagnierende Arbeit der professionellen Politik, eine schwache parlamentarische Repräsentanz der Gegner einer Fürstenabfindung und eine als unzulänglich empfundene Rechtspraxis des Gerichtswesens boten ausreichenden Anlass zur zivilgesellschaftlichen Tat.

7 Dieses und folgendes Zitat ebd., S. 293 u. S. 283.

8 Vgl. Horstmann 1991 (s. Anm. 3), S. 104 f.

9 Vgl. ebd., S. 102.

## **EIN INTELLEKTUELLEN-AUFRUF ALS „AUSSCHUSS-WARE“: ZUM HINTERGRUND DES MANIFESTS**

Am 25. Januar 1926 marschierte ein gewisser Dr. Kuczynski mit zwei weiteren Männern an seiner Seite auf das Reichsinnenministerium zu, um dort einen für die Zulassung eines Volksbegehrens benötigten Gesetzentwurf einzureichen – die beiden Männer waren der KPD-Vorsitzende Ernst Thälmann und der SPD-Vorsitzende Otto Wels. Was war geschehen? Zunächst: Es gab einen Unterschied zwischen den Initiatoren des Manifests und den Unterzeichnern – beide stimmten nicht überein. Denn der Aufruf entsprang einer Organisation, die eigens zum Anlass des Plebiszits gegründet worden war: der „Ausschuß zur Durchführung des Volksbegehrens für entschädigungslose Enteignung der Fürsten“.<sup>10</sup> Die Initiative zur Gründung dieses Wortungetüms war am 14. Dezember 1925 mit einer Einladung zu einer „unverbindlichen Vorbesprechung“<sup>11</sup> von der „Deutschen Liga für Menschenrechte“ (DLfM) ergangen.<sup>12</sup> Aus ihr bezog der Ausschuss seine organisatorischen und vor allem personellen Ressourcen. Ihr Geschäftsführer, Otto Lehmann-Rußbüldt, verschickte im Dezember 1925 Einladungen an diverse zivilgesellschaftliche Organisationen zu einer Vorbesprechung, welche sodann in den Räumlichkeiten der Liga stattfand. Die Initiatoren hatten den Eindruck von einer „Volksbewegung“ gewonnen; nun sollte geklärt werden, wie man diese für einen Volksentscheid nutzen könnte, „damit die vorhandene Stimmung nicht erlahmt, sondern ausgenützt und gesteigert wird“.<sup>13</sup> Denn die Weimarer Verfassung ermöglichte erstmals in der Geschichte des Deutschen Reichs die Ausübung direkter Demokratie. Via Volksbegehren, bei dem ein Zehntel der wahlberechtigten Bürger für einen bestimmten Gesetzentwurf stimmen musste, konnte ein Volksentscheid herbeigeführt werden; votierte hier wiederum die Hälfte aller Wahlberechtigten für den Gesetzentwurf, so konnte dieser am Parlament vorbei Rechtsgültigkeit erlangen – für zivilgesellschaftliche Akteure ergab sich daraus eine

10 Vgl. hierzu allgemein Jung, Otmar: Volksgesetzgebung. Die „Weimarer Erfahrungen“ aus dem Fall der Vermögensauseinandersetzungen zwischen Freistaaten und ehemaligen Fürsten, Teil II, Hamburg 1996, S. 672-67 u. S. 716-734.

11 Siehe Schreiben von Otto Lehmann-Rußbüldt vom 14.12.1925, in: ZLB, NL Kuczynski, Kuc8-7-2.

12 Vgl. Holl, Karl: Ludwig Quidde (1858-1941). Eine Biografie, Düsseldorf 2007, S. 385 ff.; Jung 1996 (s. Anm. 10), S. 672 f. Eine Auflistung der Mitgliedsorganisationen findet sich auch bei Kuczynski, Jürgen: René Kuczynski. Ein fortschrittlicher Wissenschaftler in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Berlin 1957, S. 159 f.

13 Schreiben Rabolds vom 12.01.1926, in: ZLB, NL Kuczynski, Kuc-8-7-9.

reizvolle Chance, politischen Einfluss auszuüben und sich von dem Volkswillen legitimieren zu lassen.<sup>14</sup>

Der Ausschuss fungierte als eine Anlaufstelle für zivilgesellschaftliche Organisationen, die vor dem Hintergrund versagender Gerichte und Parlamente gewillt waren, ein Volksbegehren anzustrengen; und er entstand aus der parteiskeptischen Überzeugung heraus, „dass die Frage der Fürstenabfindungen, mindestens zur Vorsorge, in jedem Falle unabhängig von den politischen Parteien, unverzüglich in die Hand genommen werden muss“<sup>15</sup>, sowie der Angst, dass „die Enteignung durch unentschlossene Parteien und die Trägheit der Masse sabotiert wird“<sup>16</sup>. Schon bald bot er ein kurioses Sammelsurium aus etwa vierzig Organisationen des linken Spektrums auf, vom „Republikanischen Anwaltsbund“, über den „Verein sozialistischer Ärzte“, bis hin zum „Physiokratischen Kampfbund“.<sup>17</sup> Die SPD blieb dem Ausschuss aufgrund ihrer Rivalität zur KPD fern und hatte sich auch mehrere Wochen einem gemeinsamen Gesetzentwurf verweigert. Erst als sich die Parteispitze dem Druck der sozialdemokratischen Basis nicht mehr zu entziehen vermochte, lenkte sie ein und erklärte sich zu einer kurzfristigen Zusammenarbeit mit den Kommunisten und den Zivilgesellschaftlern bereit.<sup>18</sup> Daraufhin zog der Ausschuss den bereits beim Innenministerium eingereichten Entwurf zugunsten eines neuen, unter sozialdemokratischer Beteiligung stehenden zurück. Insgesamt entstand diese Organisationsplattform fungieren, auf der sich zivilgesellschaftliche Akteure unabhängig von politischen Parteien in der Fürstenfrage koordinieren konnten.

Die Organisationsarbeit verrichteten Personen, die in zivilgesellschaftlicher Aktion bereits erprobt waren. Exemplarisch hierfür steht Robert René Kuczynski. Ihn wählten die Mitgliedsorganisationen zum Ausschuss-Vorsitzenden, weshalb alsbald vom Kuczynski-Ausschuss die Rede war. Er hatte zusammen mit Helene Stöcker, die im Gegensatz zu Kuczynski auch zur Manifestantenschaft gehörte, die DLFM zum Engagement in der Fürstenfrage veranlasst und auch das Einladungsschreiben unterzeichnet. Nachdem der 1878 geborene Kuczynski in den Genuss einer renommierten Ausbildung gekommen war – er hatte bei dem berühmten Wirtschaftswissenschaftler Lujo Brentano studiert und promoviert –, machte er sich als Statistiker und Demograph einen eigenen Namen. Seit 1906 leitete er das Statisti-

14 Vgl. Schüren, Ulrich: Der Volksentscheid zur Fürstenenteignung 1926. Die Vermögensauseinandersetzung mit den depossedierten Landesherren als Problem der deutschen Innenpolitik unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Preußen, Düsseldorf 1978, S. 61 f.

15 Siehe Zirkularschreiben vom 21.12.1925, in: ZLB, NL Kuczynski, Kuc8-7-4.

16 Kürschner, Artur (Interview mit Robert Kuczynski): Beim Fürstenenteigner, in: Neues Wiener Journal, 04.04.1926.

17 Vgl. Jung 1996 (s. Anm. 10), S. 722 ff.

18 Vgl. ebd., S. 1034; Schüren 1978 (s. Anm. 14), S. 73-87.

sche Amt Berlin-Schöneberg und verfasste international beachtete Studien.<sup>19</sup> Zwei Wesenszüge schienen ihn für die Leitung einer Organisation wie den Kuczynski-Ausschuss prädestiniert zu haben. Erstens entwickelte er schon früh eine Abneigung gegen übermäßigen Reichtum. So hegte er eine außerordentliche Antipathie gegen seinen Vater, einen im Handel mit Geld zu einem Millionenvermögen gekommenen Bankier. Seine Politikvorschläge waren politisch links: So hielt er nach dem Krieg eine Besteuerung der Reichen für sinnvoll und plädierte 1920 für eine – ebenfalls – entschädigungslose Enteignung der Ruhrindustriellen. So verwunderte es nicht, wenn er sich 1926 in seinen Reden mit politisch linker Rhetorik über die „Junkerfrechheit“ der „davongelaufenen Fürsten“ mokierte, die „unbekümmert um das Elend der Massen, an dem sie die Hauptschuld tragen, ihre gierigen Hände nach geraubtem ‚Besitz‘ ausstrecken“ würden.<sup>20</sup> Und zweitens widersetzte er sich mit Vorliebe Autoritäten. Seine Renitenz zeigte sich etwa im Umgang mit Mitarbeitern des Reichswirtschaftsministeriums, denen gegenüber er als Experte auf seiner einmal für sachlich richtig befundenen Meinung unumstößlich beharrte; oder in der 1920 von der sozialdemokratischen Regierung einberufenen Sozialisierungskommission, in der er in kindlicher Weise seine Streitlaune in wüsten Wortgefechten mit politischen Größen wie Hugo Stinnes oder Walther Rathenau auslebte. Bei Industriekapitänen wie Emil Kirdorf galt der widerspenstige Kuczynski als „maßlos frech“.<sup>21</sup>

Politisiert wurde Kuczynski durch seine wissenschaftliche Arbeit, die ihm ein Bewusstsein für die Verelendung größerer Teile der Bevölkerung vermittelte.<sup>22</sup> Dieses kundige Wissen um soziale Missstände und Verwerfungen musste in ihm einen politischen Antrieb aktiviert haben. Denn Kuczynski begann in der Weimarer Republik, sich zivilgesellschaftlichem Engagement zuzuwenden. Sein erster großer „Kampf“ war eine Kampagne gegen die Wohnungsnot Berlins im Jahre 1912, in dem er ebenfalls mit einem Ausschuss zusammenarbeitete, welcher professionelle Politik – in Form der SPD, vertreten etwa durch Karl Liebknecht – und zivilgesellschaftlich engagierte Persönlichkeiten – wie Käthe Kollwitz, Hans Delbrück und Max Liebermann – vereinte. Ferner setzte er sich als Publizist und Redner intensiv für die Aussöhnung zwischen Frankreich und Deutschland ein, trat beispielsweise im Herbst 1924 mit Reden sechzehn Mal in diversen französischen Städten auf.<sup>23</sup> In pazifistischer Mission durchreiste er Europa und en-

19 Vgl. hier und im Folgenden Kuczynski 1957 (s. Anm. 12), S. 11-36 u. S. 51-59.

20 Zitiert nach ebd., S. 99.

21 Zitiert nach ebd., S. 65.

22 Zum Folgenden vgl. ebd., S. 35-65 u. S. 118 ff.

23 Vgl. Scheer, Friedrich-Karl: Die Deutsche Friedensgesellschaft (1892-1933). Organisation, Ideologie, politische Ziele. Ein Beitrag zur Geschichte des Pazifismus in Deutschland, Frankfurt am Main 1981, Fußnote 3/S. 461; vgl. auch das Buch von Kuczynski: Wenn Friedensfreunde reden. Vorträge in Frankreich, Berlin 1924.

gagierte sich im „Deutschen Friedenskartell“.<sup>24</sup> Später wandte er sich gegen den italienischen Faschismus, und als die Weimarer Republik in ihren letzten Atemzügen lag, trugen Plakate, die zum einheitlichen Kampf gegen die extreme Rechte aufriefen, auch Kuczynskis Unterschrift. Noch im Exil, in das er sich 1933 begab, um an der London School of Economics seine demographischen Studien fortzusetzen, übernahm er 1943 auf Anfrage von Kommunisten den Vorsitz in einem Initiativausschuss der „Freien Deutschen Bewegung in Großbritannien“, an deren Präsidiumsspitze er schon bald darauf stand.<sup>25</sup> Damit versuchte er sich nach 1926 erneut als Manager einer Einheitsfront von Kommunisten und Sozialdemokraten unter Beteiligung bürgerlicher Kräfte, diesmal aller Gegner des nationalsozialistischen Regimes unter Adolf Hitler. Wie damals 1926 sollte auch 1943 ein Aufruf entstehen, diesmal an „Deutsche in Armee und Heimat“. Die Leitung des Ausschusses war für Kuczynski somit lediglich eine, gleichwohl bedeutsame Station innerhalb einer ganzen Serie von zivilgesellschaftlichem Aktivismus.

Kuczynski war hierfür der richtige Mann. Zu jeder Sekunde des Tages war er von einem schier manischen Leistungszwang elektrisiert. Arbeitswütig investierte er seine gesamte Zeit in seine Studien oder sein politisches Engagement; seine Hochzeitsreise hatte er in der Hauptsache genutzt, um auf Sizilien Untersuchungen über Kinderarbeit in Schwefelminen anzustellen.<sup>26</sup> Mit seiner beträchtlichen Erfahrung als Funktionär diverser zivilgesellschaftlicher Organisationen wie der DLfM oder der „Internationalen Arbeiterhilfe“ (IAH) war es ihm ein Leichtes, Versammlungen einzuberufen, Tagesordnungen auf- und umzusetzen, zusätzliche Unterstützer zugewinnen, notwendige Korrespondenz zu führen und politische Kommunikation zu betreiben. Überdies war Kuczynski im Umgang mit Politikern erfahren, hatte er es doch oft genug mit Parteigranden zu tun gehabt und verkehrte er in erlauchten Kreisen der politischen Elite. Des Weiteren war Kuczynski fleißiger Publizist. 1919 hatte er seine eigene Zeitschrift, die *Finanzpolitische Korrespondenz*, gegründet, 1923 folgte die zweisprachige *Deutsch-Französische Wirtschaftskorrespondenz*, die sich bei Journalisten aufgrund ihrer Informationsfülle einiger Beliebtheit erfreute.<sup>27</sup>

Den Ausschuss leitete Kuczynski entschlossen, unerschrocken und souverän.<sup>28</sup> So zögerte er nicht, das Volksbegehren bei den Behörden auch ohne die SPD zu beantragen, nachdem diese zu lange mit ihrer Entscheidung ge-

24 Siehe Kessler, Harry Graf: Das Tagebuch. Achter Band 1923-1926, Stuttgart 2009, S. 414 u. S. 429; Kuczynski 1957 (s. Anm. 12), S. 74.

25 Vgl. hierzu Kuczynski 1957 (s. Anm. 12), S. 127-150.

26 Siehe ebd., S. 29.

27 Vgl. ebd., S. 62 f. u. S. 73.

28 Siehe hierzu Habedank, Heinz: Der Feind steht rechts. Bürgerliche Linke im Kampf gegen den deutschen Militarismus (1925-1933), Berlin 1965, S. 32; Jung 1996 (s. Anm. 10), S. 679, S. 687 ff., S. 941-946 u. S. 695 f.

wartet hatte. Kuczynski berief Besprechungen ein und leitete Diskussionen; mit seinen Mitarbeitern verrichtete er hochgradig professionelle Organisationsarbeit – sie setzten Komitees zu strittigen Fragen ein, erarbeiteten Richtlinien, gaben Pressekonferenzen und verschickten regelmäßige Rundschreiben, in denen sie den Aktivisten Instruktionen erteilten.<sup>29</sup> Er koordinierte die Öffentlichkeitsarbeit, indem er beispielsweise Broschüren herausgab, in denen renommierte Autoren die Forderungen des Ausschusses argumentativ untermauerten, erweiterte die Antifürstenallianz, indem er weitere Unterstützerorganisationen akquirierte, organisierte öffentliche Veranstaltungen – und kümmerte sich um das Manifest.

Denn der Kuczynski-Ausschuss beabsichtigte, über das Wählerpotenzial der linken Parteien hinaus Unterstützung zu gewinnen. Neben der Gründung eines eigenen Organs, den *Mitteilungen*, und lokaler Ableger der Organisation beschloss der Ausschuss im Januar 1926, einen Aufruf zu veröffentlichen. Kuczynski und seine Leute richteten hierfür ein Redaktionskomitee ein und holten sich die Unterschriften prominenter Unterstützer ein, indem sie den Text – dessen Autor aller Wahrscheinlichkeit nach der Schriftsteller Wilhelm Herzog war – in den Wochen vor seiner Veröffentlichung potenziellen Unterzeichnern zukommen ließen.<sup>30</sup>

Nach dem Willen des Ausschusses sollte dieses Manifest ein originelles Element der laufenden Kampagne zur Fürstenenteignung sein. Auch im weiteren Verlauf ging es dem Ausschuss stets um „die Gewinnung von prominenten und einflussreichen Persönlichkeiten für die Mitarbeit“<sup>31</sup>. Diese betrieben Kuczynski und sein Stellvertreter, der kommunistische Medienmogul Willi Münzenberg, bereits mit sehr viel Phantasie: Neben Plakaten, Handzetteln und allerhand Schriften ließen sie sogar einen Film mit dem programmatischen Titel: „Keinen Pfennig den Fürsten“ drehen, den Berliner Kinos spielten; weitere technologisch damals geradezu avantgardistische Ideen wie ein Rundfunkbeitrag und eine Laufschriftwerbung scheiterten entweder an Behördenwiderstand oder Geldmangel.<sup>32</sup> Weil das erfinderische Duo Kuczynski und Münzenberg ohnehin sämtliche Register der zeitgenössischen Medienkommunikation zog, durfte ein Manifest natürlich nicht feh-

29 Siehe hierfür Protokoll der Ausschusssitzung vom 6. Januar 1926, in: ZLB, NL Kuczynski, Kuc8-7-6; Protokoll der Sitzung des Ausschusses vom 2. Februar 1926, in: ebd., Kuc8-7-22; Einladungsschreiben des Reichsausschuss für Fürstenenteignung vom 25.02.1926, in: ebd., Kuc8-7-35; Rundschreiben Nr. 6 des Reichsausschuß für Fürstenenteignung vom 18.03.1926, in: ebd., Kuc8-7-91; Reichsausschuß für Fürstenenteignung (Hg.): Richtlinien für die Tätigkeit der Ortsausschüsse für Fürstenenteignung, in: ebd., Kuc8-7-77.

30 Siehe Schreiben Rabolds an Kuczynski vom 15.02.1926, in: ZLB, NL Kuczynski, Kuc8-7-32; vgl. auch Jung 1996 (s. Anm. 10), S. 733.

31 Rundschreiben Nr. 5 des Reichsausschuß für Fürstenenteignung vom 18.03.1926, in: ZLB, NL Kuczynski, Kuc8-7-91.

32 Vgl. Jung 1996 (s. Anm. 10), S. 946.

len. Kuczynski und seine Mitstreiter glaubten nämlich, der „Belebung der Volksbewegung gegen die Fürstenabfindung würde es außerordentlich dienen, wenn führende Persönlichkeiten der geistigen Berufe sich dieser Aktion anschließen würden“.<sup>33</sup> Darüber hinaus war das Manifest aus Sicht der Aktivisten eine von vielen Varianten, um in der Öffentlichkeit Unterstützung für ihr Anliegen zu mobilisieren. Viele traten als Redner bei Versammlungen und Kundgebungen auf oder appellierten in Zeitungsbeiträgen. So redeten Hiller, Oestreich und Stöcker in der Reichshauptstadt zum „Volksentscheid gegen Kriegsgefahr“ oder die Feministinnen Thea Persius und Gertrud Baer forderten in Zeitungsbeiträgen: „Frauen! Auf euch kommt es an! Heraus und an die Urne!“.<sup>34</sup> Der Aufruf war somit Produkt einer zivilgesellschaftlichen Organisation, die Akteure betrieben, für die derlei Angelegenheiten reine Routine darstellten. Mitnichten war er das Ergebnis einer Initiative von Intellektuellen, die spontan vom „Schwung der Massenbewegung“ ermutigt worden war.<sup>35</sup>

## **„DEN FÜRSTEN KEINEN PFENNIG!“: DIE STIMMUNGSLAGE IN DER BEVÖLKERUNG**

Dem Anschein nach handelte es sich bei der Rückerstattung von staatlich beschlagnahmtem Fürstenvermögen zunächst nur um eine juristische Streitigkeit. Eine ganz besonders brisante Kontroverse entzündete sich daran erst durch die damalige Situation im Deutschen Reich. In einer gesellschaftlichen Atmosphäre florierender Wirtschaft und allgemeiner Prosperität hätten sich wohl nur einige Dogmatiker ob der staatlichen Versöhnungshaltung düpiert und zu größerem Widerstand herausgefordert gefühlt. In den Jahren 1925/26 allerdings sprachen zwei Gründe dagegen. Zum einen hatten Krieg und Inflation quer durch alle Schichten eine regelrechte Myriade an wirtschaftlichen Opfern hinterlassen: Ersparnisse waren getilgt, Ehegattinnen und Kinder zu Witwen und Waisen gemacht worden. Kaum jemand im Deutschen Reich, der sich seinerzeit nicht selbst gleichfalls zum Empfang staatlicher Entschädigungszahlungen berechtigt fühlte. Dass man unter den Folgewirkungen des Kriegs litt, war gewiss eine Sache; doch dass davon bestimmte Sozialgruppen – die Fürsten – ausgeschlossen werden sollten, eine ungleiche Verteilung der Kriegslasten erfolgte, musste den Benachteiligten als eine besonders boshafte Frechheit des Staats vorkommen und auf

33 Zitiert nach ebd., Fußnote 83/S. 733.

34 Siehe Flugzettel für Oeffentliche Kundgebung des Deutschen Friedenskartells zum „Volksentscheid gegen Kriegsgefahr“ am 10. Juni 1926, in: ZLB, NL Kuczynski, Kuc7-1-2-1762; siehe auf der Titelseite: Frauen an Frauen!, in: Dresdner Volkszeitung, 18.06.1926, in: ebd., Kuc 8-7-158.

35 Diese Deutung findet sich bei Habedank 1965 (s. Anm. 28), S. 37.

Ablehnung stoßen.<sup>36</sup> Zum anderen war das soziale Klima in Deutschland bereits rau, Millionen von Menschen benötigten finanzielle Alimentierung aus der staatlichen Kasse. In den deutschen Metropolen grassierte arge Wohnungsnot und die Arbeitslosenzahlen explodierten. Zwischen November 1925 und Februar 1926 erhöhte sich die Zahl derjenigen, welche vom Staat „Hauptunterstützung“ (vergleichbar mit einer Arbeitslosenhilfe) bezogen, von 360.000 auf zwei Millionen. Selbst Haushalte, in denen Erwerbstätige lebten, konnten in vielen Fällen nicht ausreichend Butter und Brot kaufen, schätzungsweise acht Millionen Deutsche lebten an der Hungergrenze.<sup>37</sup>

Und nun meldeten sich plötzlich Fürsten zu Wort – ihrerseits lediglich Relikte eines untergegangenen Systems und ohnedies immer noch äußerst wohlhabend –, die millionenschwere Geldzahlungen als Entschädigung für verlorenen Besitz reklamierten – und die Justiz des neuen demokratischen Staats sprach ihnen hierfür auch noch Legitimation zu! Dabei waren die Fürsten nach der Novemberrevolution gar nicht mal als bedauernswerte Clochards zurückgeblieben. Ein Beispiel: Die sächsischen Wettiner hatten im Juni 1924 mit der sozialdemokratisch geführten Landesregierung unter Max Heldt eine Übereinkunft getroffen, die ihnen Vermögenswerte in Höhe von 100 Millionen Reichsmark beließ, der abgedankte König Friedrich August III. war auch nach 1918 der reichste Sachse.<sup>38</sup> Es wirkte schlechterdings „absurd, wenn im siebten Jahr nach dem Ende der Monarchie eine schauburg-lippische Nebenlinie ein Paragium gerichtlich erstritt“<sup>39</sup>. Denn damit stellte sich eine eklatante Gleichzeitigkeit ein: Während in den Haushalten vieler Bürger finanzielle Not herrschte, schraubten die abgedankten Herrscherhäuser ihre Ansprüche „höher und höher“<sup>40</sup>. Keine Frage: Der erfolgreich verlaufende Kampf der Fürsten um ihre alten Vermögen hatte das Zeug zum Skandal. In Anbetracht gemeinsam zu verantwortender Kriegsfolgen sowie einer sozialen und ökonomischen Krise, unter der große und unterschiedliche Teile der Bevölkerung kollektiv litten, herrschten 1925/26 für ein politisches Manifest schier ideale Voraussetzungen: skandalöse Ansprüche einer zahlenmäßig kleinen Personengruppe (die Fürsten) und eine schichtenübergreifende Betroffenheit (von sozialer Not).

Die Manifestanten konnten sich des Weiteren auf einen breiten Konsens heterogener Gruppen stützen. Kleinbauern, Inflationsgeschädigte, Rentner, Erwerbslose, Kriegsversehrte und die Hinterbliebenen im Krieg gefallener

36 Vgl. Horstmann 1991 (s. Anm. 3), S. 97.

37 Vgl. ebd., S. 96 f.; Jung 1996 (s. Anm. 10), S. 671; für statistische Daten siehe die Tabelle bei Schüren 1978 (s. Anm. 14), S. 90.

38 Vgl. Pfeiffer, Siegfried: „Keinen Pfennig den Fürsten!“. Die Aktionseinheit der Arbeiterklasse im Kampf für die entschädigungslose Enteignung der deutschen Fürsten 1925/1926 in Dresden, in: Jahrbuch zur Geschichte Dresdens, (1986), S. 39-46, hier S. 39 f.

39 Jung 1989 (s. Anm. 2), S. 52.

40 Pleyer 1959 (s. Anm. 5), S. 11.

Soldaten: Die gemeinsame Empfindung, dass den Fürsten keine Entschädigung zustehe, überbrückte die Differenzen in Herkunft, Status und Habitus und berechtigte zu der Hoffnung, die für ein erfolgreiches Volksbegehren nötigen Stimmen von vier Millionen Bürgern könnten tatsächlich zustande kommen.<sup>41</sup> Dass die Haltung der ehemaligen Aristokraten, welche sich in den Augen nicht Weniger 1918 einfach davongestohlen hatten und nun trotz ihrer immer noch stattlichen Besitztümer zulasten einer notleidenden Bevölkerungsschicht vom öffentlichen Haushalt Geld en masse verlangten, trefflich zum moralischen Skandal taugte und betroffenen Bürgern dies von staatlicher Seite politisch kaum zu vermitteln war, hatte Kuczynski erkannt.<sup>42</sup> Denn noch bevor sich die Initiatoren des Volksentscheids zur Konstituierung einer gemeinsamen Organisation einfanden, hatte sich das Zustimmungspotenzial bereits messen lassen. Zum Beispiel an den Teilnehmerzahlen diverser Demonstrationen und Kundgebungen: Am 8. Dezember 1925 skandierten bei einem Aufmarsch 50.000 Berliner Beamte Parolen wie: „Den Fürsten wirft man Millionen hinterher, wir Beamten hungern dafür umso mehr“.<sup>43</sup> Dem KPD-Vorsitzenden Ernst Thälmann schenkten wenige Tage später 70.000 Menschen im Berliner Lustgarten ihre Aufmerksamkeit. In der Tat hatte sich „eine Unruhe quer durch das Volk entwickelt“, das Thema enragierte selbst „Schichten, die sich ansonsten eher apathisch zu verhalten pflegten“.<sup>44</sup> Als im Februar 1926 vom Steuerdruck zorngeschwängerte Mosel-Winzer das Finanzamt von Berncastel stürmten, ließ sich die politische Aufgeschlossenheit auch mittelständischer Gruppen für die „sinnlich erfahrbare Parole“<sup>45</sup> der KPD: „Keinen Pfennig den Fürsten!“ erahnen. Und wenngleich die Zahl der Sympathiebekundungen, die den Ausschuss erreichten – die kommunistische Presse sprach von „hunderttausenden“<sup>46</sup> Zuschriften –, eine hochgegriffene Schätzung sein sollte, so ließ sich doch auf ein enormes Potenzial spekulieren.

41 Vgl. Horstmann 1991 (s. Anm. 3), S. 104; Kaufhold, Karl Heinrich: Fürstenabfindung oder Fürstenenteignung? Der Kampf um das Hausvermögen der ehemals regierenden Fürstenhäuser im Jahre 1926 und die Innenpolitik der Weimarer Republik, in: Schulz, Günther/Denzel, Markus A. (Hg.): Deutscher Adel im 19. und 20. Jahrhundert. Büdinger Forschungen zur Sozialgeschichte 2002 und 2003, St. Katharinen 2004, S. 261-285, hier S. 266 f.

42 Kuczynski fasste die Grundlage aller Zustimmung trefflich zusammen: „Dem gesunden Rechtsempfinden des deutschen Volkes widerspricht es vielmehr, dass seine Fürsten, die sich vor jeder Verantwortung drückten, heute – von allem erdenklichen Luxus umgeben – ein sorgenfreies Leben führen.“ Zitiert nach Kuczynski 1957 (s. Anm. 12), S. 99.

43 Vgl. hier und folgend Jung 1996 (s. Anm. 10), S. 666.

44 Ebd., S. 1060.

45 Schüren 1978 (s. Anm. 14), S. 94.

46 O.V.: Demonstriert gegen die fürstlichen Räuber!, in: Die Rote Fahne, 24.01.1926. Zuvor war noch von 5.000 Zuschriften die Rede gewesen; vgl. Schü-

Zudem bezog sich das Manifest auf einen Sachverhalt, der zu „lebhaften zeitgenössischen Diskussionen“<sup>47</sup> führte, „über ein halbes Jahr hinweg die innenpolitische Szenerie“<sup>48</sup> dominierte, ja „das überragende innenpolitische Thema des Jahres 1926“<sup>49</sup> war. Keine Partei, die um Einfluss im Reich bemüht war, konnte es sich leisten, nicht Stellung zu beziehen. Dies entband die Manifestanten von der Aufgabe, den Gegenstand ihres Postulats erst noch besonders zu umwerben, weswegen sie sich allein darauf konzentrieren konnten, die politischen Einstellungen einer Masse bereits interessierter Bürger zu prägen.

Darüber hinaus boten sich die Parteien des linken Lagers als leistungsfähige Unterstützer an. Die Öffentlichkeitsarbeit besonders von SPD und KPD zum Volksbegehren und -entscheid war eine machtvolle Ressource, übernahmen die beiden Arbeiterparteien doch die materielle Organisationsarbeit und ermöglichten damit einen kostenlosen Rückgriff auf die Logistik zweier professionalisierter Parteiapparaturen. Die KPD ließ ihre Propagandamaschine auf Hochtouren laufen. Die Kommunisten, finanziell weit weniger potent als ihre sozialdemokratischen Genossen, kompensierten ihre Geldnot durch ein phantasievolles Improvisationstalent.<sup>50</sup> Sie führten Straßentheater auf und boten Musiker dar, ließen eine heitere Jahrmarktsstimmung aufkommen, organisierten auf der Spree einen Korso aus Hunderten von Booten linker Sportvereine und Demonstrationen, die allein aus Radfahrern bestanden. Mit der polemischen Aufforderung: „Keinen Pfennig den Fürsten!“ hatte die KPD überdies schnell den idealen Slogan für ihre politische Agitation gefunden, der an Schwarzen Brettern, in Toilettenräumen und Garderoben in den Betrieben prangte. Auch die SPD überschüttete die Bürger mit all ihrer organisatorischen Kraft mit einer ungeheuren Papierflut, die Informationen über die Rechtschaffenheit der Fürstenenteignung enthielt und forderte: „Den Fürsten keinen Pfennig!“. Zehntausende Versammlungen wurden abgehalten, 108 Millionen Papiere – Flugzettel, Plakate und Broschüren – gedruckt. Statistisch erhielt jeder stimmberechtigte Reichsbürger bis zum Abschluss des Referendums zweieinhalb sozialdemokratische Drucksachen. Ein skandalisierender Vergleich der Besitzstände der Bürger mit den vorgeblichen Reichtümern der ehemaligen Fürsten – namentlich der exilierte Kaiser Wilhelm II. – sollte unter den Stimmberechtigten die moralische

---

ren 1978 (s. Anm. 14), Fußnote 53/S. 72; siehe o.V.: 5000 Zustimmungserklärungen beim Kuczynski-Ausschuß!, in: Die Rote Fahne, 10.01.1926.

47 Kaufhold 2004 (s. Anm. 41), S. 261; vgl. allgemein zur großen politischen Bedeutung des Themas ebd., S. 274 f.

48 Horstmann 1991 (s. Anm. 3), S. 87.

49 Richter, Ludwig: Die Deutsche Volkspartei 1918-1933, Düsseldorf 2002, S. 418.

50 Hierzu vgl. Horstmann 1991 (s. Anm. 3), S. 104-111; Jung 1996 (s. Anm. 10), S. 955; Pleyer 1959 (s. Anm. 5), S. 89 f.

Empörung ob der aristokratischen Raffgier zum Sprießen bringen.<sup>51</sup> Zwischen 1,5 und zwei Millionen Reichsmark kostete all dies.<sup>52</sup> Die Parteiorganisation der SPD jedenfalls stellte sich anno 1926 vollständig in den Dienst des Referendums. Beide Parteien, SPD und KPD, organisierten auf öffentlichen Plätzen großer Städte Kundgebungen und Demonstrationzüge, an denen nicht selten jeweils über 10.000 Bürger teilnahmen; auch druckten und verteilten sie die Einzeichnungslisten, um das Unterschriftenquorum für ein Volksbegehren zu erfüllen.

Freilich war nicht alles rosig. Vielmehr unterlag das Manifest einigen Restriktionen. Erstens betraf dies die Parteien des linken Lagers. Mochten sich SPD und KPD mit all ihrer Organisationskraft auch noch so sehr für die gemeinsame Akquisition von Stimmen ins Zeug legen, ihre spontane Allianz war brüchig und keineswegs spannungsfrei. In Wirklichkeit wollten die SPD-Führer ihre Partei so weit wie möglich von der KPD entfernt wissen; in den Städten hielten die Parteirhetoren ihre Reden separat voneinander, insgesamt vertrat man auf Seiten der SPD einen „Standpunkt der klaren Abgrenzung“.<sup>53</sup> Und ja: Die Strategie der KPD war in der Tat eine subversive, beabsichtigte sie doch mit der zunächst nur punktuellen Kooperation der beiden Parteien „die Loslösung von Arbeiterschichten aus der SPD und die Einbindung von Teilen des Mittelstands in das Proletariat unter Führung der KPD“.<sup>54</sup>

Zweitens existierte zur Fürstenenteignung eine organisierte Gegnerschaft, die ihrerseits einigen propagandistischen Aufwand trieb, um Volksbegehren und -entscheid zum Scheitern zu bringen. Während sich die Linksliberalen von der DDP dazu entschlossen hatten, die Entscheidung dem Gewissen der Bürger anheimzustellen,<sup>55</sup> positionierten sich DVP, DNVP und das Zentrum als entschiedene Gegner. Die DVP wertete eine Enteignung als einen schwerwiegenden Angriff auf den Privatbesitz der Bürger, der sich mit der liberalen Mentalität ihrer Anhänger nicht zu vertragen schien.<sup>56</sup> Ähnlich dachte die Parteiführung des Zentrums im Hinblick auf ihre katholische Zielgruppe, indem sie sich auf das christliche Gebot „Du sollst nicht stehlen“ berief. In gleicher Weise stellten die Deutschnationalen von der DNVP die Fürsten auf eine Ebene mit dem gemeinen Bürger, deren beider Privatbesitz des staatlichen Schutzes bedürfe. Die DNVP bildete mit der NSDAP und der Deutsch-Völkischen Freiheitspartei eine „geschlossene

51 Vgl. Horstmann 1991 (s. Anm. 3), S. 125; Jung 1996 (s. Anm. 10), S. 948; Pleyer 1959 (s. Anm. 5), S. 60-80.

52 Vgl. Jung 1996 (s. Anm. 10), Fußnote 40/S. 948.

53 Horstmann 1991 (s. Anm. 3), S. 107.

54 Ebd., S. 106 f.

55 Vgl. Pleyer 1959 (s. Anm. 5), S. 110; zum Folgenden vgl. insgesamt Horstmann 1991 (s. Anm. 3), S. 112.

56 Vgl. hier und folgend Pleyer 1959 (s. Anm. 5), S. 112 ff., S. 122 u. S. 136.

Front gegen den „Beraubungsantrag“<sup>57</sup>, die durch gemeinsame Arbeitsausschüsse zudem in lose Kooperation mit der DVP trat. Damit hatten sich die politisch rechts stehenden Parteien des Reichstags in einem Lager zum gemeinsamen Kampf gegen die Linksparteien versammelt. Hinzu gesellten sich, quasi als zivilgesellschaftlicher Widerpart zum Kuczynski-Ausschuss, Interessenorganisationen des deutschen Adels, etwa in Form der „Vereinigung für einen rechtlichen Ausgleich des Staates mit dem preußischen Königshause“, deren Geschäftsführer vorgefertigte Presseartikel an wohlgesonnene Zeitungsredaktionen verschickte und die den Druck von Broschüren und Flugblättern finanzierte.<sup>58</sup> Nicht minder aggressiv als ihr Kontrahent von den Linken intonierte die rechte Gegenpropaganda: „Keine Stimme für den Volksentscheid!“, denn es sei „nicht wahr, dass die Fürstenhäuser irgend einen Deutschen berauben wollen“.<sup>59</sup> Die Aussicht, mit der entschädigungslosen Beschlagnahmung von Gütern könne ein Präzedenzfall für sozialistisches Staatshandeln geschaffen werden, versetzte auch die übrigen Blaublütigen in ganz Deutschland in Angst. Als ob der Adel wie in alten Zeiten geschlossen hinter seiner Elite, den Fürsten, stand, sabotierten Organisationen wie der „Landbund“ die Abstimmung in agrarischen Gebieten, in denen häufig noch aristokratische Verhältnisse anzutreffen waren. Offen ausliegende Listen, durch welche sich die Enteignungsbefürworter relativ einfach identifizieren und anschließend sanktionieren ließen, begünstigten dies.<sup>60</sup>

Überhaupt die Ängste Besitzender: In der Enteignungsfrage kam es „zu einer ungewöhnlichen Gleichsetzung fürstlicher und bürgerlicher Interessen“<sup>61</sup>. Schließlich gab es trotz allem noch genügend Menschen in Deutschland, die entweder bislang nicht unter den Krisenwirkungen litten oder als unternehmerische Hasardeure sogar von ihnen profitierten. Wie die Adligen fürchteten auch sie, dass sie irgendwann einmal die Maßnahmen eines sozialistisch orientierten Gesetzgebers ereilen könnten.

## VON DER GIER RÄUBERISCHER FÜRSTEN UND DER NOT DES DEUTSCHEN MICHEL: DAS MANIFEST

Der Text des Aufrufs war verständlich, prägnant und entschieden formuliert, skandalisierend im Tonfall, ohne dabei einem weltanschaulichen Duktus verpflichtet zu sein. Virtuos bespielte das Manifest die Klaviatur der sozialmoralischen Empörung: Ausgerechnet zu einer „Zeit, in der breite Schichten des Volkes schlimmer darben als im Kriege [...] des wirtschaftlichen

57 Horstmann 1991 (s. Anm. 3), S. 129.

58 Vgl. ebd., S. 112; Jung 1996 (s. Anm. 10), S. 735 ff.

59 Siehe beispielhaft ZLB, NL Kuczynski, Kuc 8-7-108.

60 Vgl. Kaufhold 2004 (s. Anm. 41), S. 280 ff.

61 Stentzel 2000 (s. Anm. 6), S. 293.

Tiefststandes und der allgemeinen Verarmung wagen es die ehemaligen Fürsten, Vermögensansprüche in Höhe von mindestens drei Milliarden Goldmark an den Staat zu stellen“<sup>62</sup>. Mit dieser weitgehend ideologiefreien Sichtweise konnten sich auch bürgerliche Rezipienten anfreunden. Ihre Legitimation versuchte diese Forderung aus der juristischen Praxis der Gerichte zu beziehen, die „sich als willfährig genug erwiesen“ hätten, „für die Fürsten und gegen die notleidenden Volksmassen zu entscheiden“, gegen den sprichwörtlichen Deutschen Michel also. Das Manifest akzentuierte insbesondere den augenfälligen Missstand, dass ausgerechnet die Fürsten, die „an dem Unglück Deutschlands in erster Linie mitschuldig sind“, Milliarden Gelder zu kassieren drohten, wohingegen „der Staat die Opfer des Krieges und der Inflation mit Bettelpfennigen zu entschädigen wagt“. Weiterhin suggerierte der Text seinen Rezipienten, dass sie sich im Konsens mit „Millionen Deutsche[n] aus allen politischen Lagern und allen sozialen Schichten“ wähnen könnten. Ultimativ, aber keineswegs utopisch forderten die Manifestanten, die „*entschädigungslose Enteignung*“ der Fürstenhäuser vorzunehmen und die Gelder im Gegenzug „den durch Krieg und Inflation schwer geschädigten Schichten zuzuführen“. Das Manifest schloss mit der dezidierten Ankündigung seiner Unterzeichner, sich in die „Massenbewegung“ einzureihen und dem Volksentscheid zuzustimmen.

## DIE INTELLEKTUELLE CRÈME DE LA CRÈME DER LINKEN SZENE: DIE MANIFESTANTENSCHAFT

### Pazifistische Militärs und politische Nicht-Politiker

Über vierzig Personen überwiegend kultureller Berufsgruppen hatten den Aufruf unterzeichnet – dies allerdings nicht zufällig. Beim Gros der Manifestanten handelte es sich zwar nicht um eine Schar hauptberuflicher Politiker, aber eben auch keinesfalls um zivilgesellschaftliche Novizen. Mithin waren es in politischer Aktion hinlänglich erfahrene Persönlichkeiten, die seit einiger Zeit schon ihre Profession und/oder Prominenz nutzten, um ihre politischen Auffassungen in der Öffentlichkeit zu platzieren und in der Bevölkerung Unterstützung für ihre Anliegen zu gewinnen. Die Beteiligung an dem Aufruf entsprach bei Vielen voll und ganz einer kontinuierlichen politischen Aktivität, war gewissermaßen nur logisch. Kurt Tucholsky und Helene Stöcker sind vielleicht die besten Beispiele für den pazifistisch, antimonarchisch, sozialistisch gesinnten Intellektuellen, der idealtypisch die Manifestantenschaft des Fürstenaufrufs charakterisiert.

62 Der Aufruf ist u.a. abgedruckt in: Karl, Heinz: Die deutsche Arbeiterklasse im Kampf um die Enteignung der Fürsten (1925/1926), Berlin 1957, S. 84 f.; Hervorhebungen wurden in den Zitaten beibehalten; als Manuskript zu finden in: ZLB, NL Kuczynski, Kuc8-7-71.

Lange vor dem März 1926 war Tucholsky als Publizist, Redner und Funktionär von Organisationen wie dem „Friedensbund der Kriegsteilnehmer“, dem „Republikanischen Reichsbund“ oder der „Deutschen Liga für Menschenrechte“ öffentlich in Erscheinung getreten, zumal auf deren äußeren linken Flügeln.<sup>63</sup> Denn Tucholsky gehörte zu den strengsten Kritikern der Gesellschaftsverhältnisse, weshalb sich der Manifest-Inhalt zur Fürstenfrage ganz vorzüglich in sein politisches Oeuvre fügte. Vor den Fürsten hatte er sich andere Alteliten des Kaiserreichs als Gegner ausgeguckt, zum Beispiel das Offizierskorps, das er insbesondere für die Verbreitung der „Dolchstoßlegende“ öffentlich kritisierte.<sup>64</sup> Einer seiner größten Feinde war der Reichswehrchef Hans v. Seeckt, der ihm als Inkarnation des preußischen Militarismus und revanchistischer Organisator einer verdeckten Wiederaufrüstung zutiefst zuwider war. Schon 1922 hatte er die Gerichte ihrer „Klassenjustiz“ und „Rache an der neuen Zeit“ wegen an den Pranger gestellt,<sup>65</sup> das Jahr darauf die gesellschaftliche Vermögensverteilung kritisiert, indem er über das Leben „in einer Raffke-Republik, oben Öl, unten Wasser“ schimpfte, in dem der Reichtum nur einem kleinen, oberen Teil der Gesellschaft gehöre, während der untere Teil „physisch und psychisch unterernährt“ dahinvegetiere.<sup>66</sup> Die Behörden observierten Tucholsky, den sie in ihren Akten als jemanden, der „für Aktivierung und Radikalisierung“ stünde; er selbst sah die Sozialdemokraten im Angesicht herrschender Klassen als parlamentarische Versager, derentwegen es in Deutschland „schärfster politischer Resistenz“ bedürfe.<sup>67</sup> Seine Biographin Bemann charakterisiert Tucholsky als „vehement in der Attacke, rückhaltlos im Aussprechen von Wahrheiten und Haltungen“, der „für das andere Deutschland“ kämpfte und „in seiner Überzeugung keinen Schritt zurück“ ging.<sup>68</sup> Seine künstlerische und literarische Schaffenskraft stellte Tucholsky in Form von satirisch-polemischen Gedichten und Zeitungs- wie Zeitschriftenbeiträgen vollends politischen Bewegungen und Organisationen zur Verfügung, mit denen er weltanschaulich sympathisierte.<sup>69</sup> Der Aufruf zur Fürstenenteignung war keineswegs Tucholskys Debüt in solchen Dingen, vielmehr hatte er sich in

63 Vgl. Bemann, Helga: Kurt Tucholsky. Ein Lebensbild, Berlin 1990, S. 234 f. u. S. 349.

64 Siehe ebd. 1990, S. 235 f.

65 Zitiert nach ebd., S. 237; vgl. auch King, William John: Kurt Tucholsky als politischer Publizist. Eine politische Biographie, Frankfurt am Main/Bern 1983, S. 147-156.

66 Zitiert nach Bemann 1990 (s. Anm. 63), S. 238.

67 Zitiert nach ebd., S. 349.

68 Bemann 1990 (s. Anm. 63), S. 352 f.

69 Vgl. Heimlich, Rüdiger: Das andere Deutschland Kurt Tucholskys, in: Harth, Dietrich/Schubert, Dietrich/Schmidt, Ronald Michael (Hg.): Pazifismus zwischen den Weltkriegen. Deutsche Schriftsteller und Künstler gegen Krieg und Militarismus 1918-1933, Heidelberg 1985, S. 79-90.

den Jahren davor bereits an einigen Aufrufen beteiligt, etwa denen des „Republikanischen Reichsbunds“ oder der „Deutschen Liga für Menschenrechte“. <sup>70</sup> Die Fürstenenteignung fiel genau in die Blütezeit seines lebhaften Engagements für gesellschaftliche Veränderungen durch Politik. Mit Tucholsky und den anderen Manifestanten war es wie mit der KPD, die in der Fürstenfrage „eine gute Gelegenheit zur Agitation gegen das herrschende System“ <sup>71</sup> erblickte.

Ein besonders enthusiastisches Zoon Politikon war überdies Helene Stöcker. <sup>72</sup> 1869 geboren, eignete sie sich in ihren ersten Lebensdekaden eine gehörige Portion Eigensinn an und war immer bereit, sich unbeugsam gegen Zustände aufzulehnen, die ihr Gerechtigkeitsempfinden herausforderten. Anstatt eine höhere Töchterschule zu besuchen, wie es sich für junge bürgerliche Frauen im wilhelminischen Deutschland eigentlich geziemt hätte, trat sie gegen den Willen ihrer Eltern in ein Lehrerinnenseminar ein. Gegen alle gesellschaftlichen Widerstände setzte sie ihren außergewöhnlichen Bildungsweg mit einem Hochschulstudium und anschließender Promotion fort. Geprägt von der österreichischen Friedensaktivistin Bertha v. Suttner und den vielen sozialen Barrieren und Diskriminierungen, die sie aufgrund ihres Geschlechts zu nehmen und erdulden hatte, <sup>73</sup> verschrieb sie sich pazifistischem und feministischem Engagement. Im Falle Stöckers führte das zu einer regen Tätigkeit: 1892 trat sie der „Deutschen Friedensgesellschaft“ bei, 1896 nahm sie am „Internationalen Frauenkongreß“ in Berlin teil, seit 1898 besuchte sie regelmäßig die Generalversammlungen des „Bundes Deutscher Frauenvereine“ oder die „Deutschen Pazifistenkongresse“ und die „Internationalen Weltfriedenskongresse“, war 1902 Gründungsmitglied des Verbandes für Frauenstimmrecht“ und 1905d es „Bundes für Mutterschutz“, war Mitglied der „Gesellschaft der Freunde des neuen Rußland“ oder der „Liga für koloniale Unterdrückung“, hielt einschlägige Referate zu Themen wie

70 Vgl. Bemann 1990 (s. Anm. 63), S. 239 u. S. 266; Brief Tucholsky an Jacobsohn vom 20.10.1925, in: Jacobsohn, Siegfried: Briefe an Kurt Tucholsky. 1915-1926. „Der beste Brotherr dem schlechtesten Mitarbeiter“ (hrsg. von Richard v. Soldenhoff), München/Hamburg 1989, S. 331. Im August 1921 unterstützten Einstein, Kollwitz und Grosz einen Aufruf des „Auslandskomitees zur Organisation der Arbeiterhilfe für die Hungernden in Rußland“, mit dem Ziel, eine internationale Arbeiterhilfe zu mobilisieren; vgl. Surmann, Rolf: Die Münzenberg-Legende. Zur Publizistik der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung 1921 - 1933, Köln 1982, S. 29.

71 Kaufhold 2004 (s. Anm. 41), S. 263.

72 Siehe hierzu den biographischen Überblick in: Rantzsch, Petra: Helene Stöcker (1869 - 1943). Zwischen Pazifismus und Revolution, Berlin 1984, S. 192-212.

73 In Glasgow hatte sie eine schmerzliche Liebesbeziehung zu einem verheirateten Mann als dessen Konkubine erlitten; auf dem Campus als Frau eine eher exotische Erscheinung, ertrug sie Erniedrigungen durch Kommilitonen und Professoren; vgl. ebd., S. 33 u. S. 37.

„Ehe und Konkubinat“, „Die deutsche Politik im Krieg“ oder „Deutschland, Rußland und der Weltfriede“. Sobald es irgendwo eine namhafte Veranstaltung zu Frieden und Frauen gab, war Stöcker mit von der Partie. Als Frauenrechtlerin, die sich für Recht auf Wahlbeteiligung, Bildung, Berufstätigkeit und sexuelle Freiheit stark machte, und vehemente Kriegsgegnerin, die jedweden Kampf gegen gesellschaftliche Ursachen des Militarismus – zu denen sie auch die Aristokratie, insoweit die Fürstenhäuser rechnete – aufnahm, war Stöcker eine regelrechte Veteranin zivilgesellschaftlicher Aktion.

Bei fast sämtlichen weiteren Manifestanten verhielt es sich nicht anders: Sie waren bereits vor dem März 1926 politisch hochaktiv gewesen und hatten sich für ihre politischen Überzeugungen ins Zeug gelegt, allerdings nicht in Parteien, sondern als Einzelpersonen.<sup>74</sup> So Albert Einstein, seit 1922 Nobelpreisträger, der in den 1920er Jahren an der Seite von Intellektuellen etliche Aufrufe und Manifeste aus der Überzeugung heraus unterschrieb, gesellschaftlichen und politischen Missständen mit öffentlicher Kritik entgegensprechen zu müssen.<sup>75</sup> Oder der marxistische Zoologie-Professor Julius Schaxel, der in der Novemberrevolution einem Arbeiter- und Soldatenrat angehört hatte, durch seinen Kampf gegen eine auf mehr Demokratie angelegte Hochschulreform auf dem Jenaer Campus zum isolierten Renegaten wurde und der die Hinwendung von Intellektuellen zur Öffentlichkeit als Möglichkeit ansah, für die marxistischen Ideen und Ideale Massenunterstützung zu mobilisieren.

Und so ließe sich diese Aufzählung der leidenschaftlich politischen Manifestanten fortsetzen – hier nur noch die illustrativsten: Der ehemalige Marinestabsoffizier und anschließend zur Schriftstellerei konvertierte Lothar Persius hatte schon lange vor dem Manifest begonnen, gegen seine revanchistischen Kameraden in aller Öffentlichkeit die Notwendigkeit von Abrüstung zu predigen.<sup>76</sup> Paul Oestreich gehörte zwischen 1921 und 1926 dem Vorstand der „Deutschen Friedensgesellschaft“ an und besaß das Parteibuch der SPD. Und setzte sich im „Bund Entschiedener Schulreformer“ für eine demokratisierende Reform des deutschen Schulwesens ein.<sup>77</sup> Erwin Piscator und George Grosz standen beispielhaft für jene Kulturschaffenden, die sich im post-kaiserzeitlichen Deutschland der politischen Kunst verschrieben, bei

74 Vgl. hierzu Fricke, Dieter: Julius Schaxel. 1887-1943. Leben und Kampf eines marxistischen Deutschen Naturwissenschaftlers und Hochschullehrers, Jena 1964, S. 13-33; Goenner, Hubert: Einstein in Berlin. 1914-1933, München 2005, S. 305-311; Pflug, Günther: Albert Einstein als Publizist 1919-1933, Frankfurt am Main 1981, S. 16 f. u. S. 25 ff.

75 Siehe hierfür Habedank 1965 (s. Anm. 28), S. 160.

76 Kommunistisch-tendenziöse Literatur rühmte ihn als jemanden, der „die deutschen Chauvinisten und Militaristen scharf angriff“. Siehe ebd., S. 99.

77 Zu Oestreich vgl. Lütgemeier-Davin, Reinhold: Oestreich, Paul, in: Asendorf, Manfred/Bockel, Rolf v. (Hg.): Demokratische Wege. Deutsche Lebensläufe aus fünf Jahrhunderten, Stuttgart/Weimar 1997, S. 462 f.

der sie der politischen Botschaft eindeutig den Vorrang vor der künstlerischen Form einräumten. „Zeichnungen und Gedichte waren nicht mehr orientiert an künstlerischen Postulaten, sondern an politischer Wirksamkeit. Der Inhalt bestimmte die Form.“<sup>78</sup> Grosz' Zeichnungen nahmen zu aktuellen politischen Themen Stellung, in ihnen drückte sich seine Kritik an der Gesellschaft, die Vorstellung Deutschlands als einem Untertanenstaat aus.<sup>79</sup> Beliebte Objekte seiner Darstellungen waren sogar ausgerechnet jene Gruppen, die von einer radikalen Fürstenenteignung profitieren sollten: „Er hat das Berlin der Nachkriegszeit gezeichnet, mit seinen Kriegskrüppeln, Schiebern, Huren, Zuhältern, seinen arbeitslosen Proletariern und seinen arbeitslosen Generälen [...] er hat die Großen der Finanz und die Kleinen mit dem über Nacht entwerteten Sparkonto gezeichnet, die blind und böse nach ‚dem Feind‘ Umschau hielten, den sie für ihr Missgeschick haftbar machen könnten.“<sup>80</sup> Käthe Kollwitz erstellte Plakate für politische Kampagnen, so etwa für die „Internationale Arbeiterhilfe“, die sich für die hungernde Bevölkerung Russlands einsetzte, und illustrierte linkspolitische Zeitschriften wie die *Arbeiter Illustrierte Zeitung aller Länder* oder *Das Neue Rußland* – wie im Übrigen auch ihre Mit-Manifestanten Heinrich Zille, Max Pechstein und George Grosz.<sup>81</sup> In ihrem Atelier fand 1919 die illegale Gründung der Jugendinternationalen statt, 1931 unterschrieb sie ein Protestschreiben gegen die Ermordung von Schriftstellern durch das chinesische Chiang-Kai-shek-Regime und im Februar 1933 einen „Dringenden Appell“, der zum Zusammenschluss von KPD und SPD gegen die NSDAP aufforderte. Und auch Max Barthel versuchte Anfang der 1920er Jahre in seiner Publikationstätigkeit für die Internationale Arbeiterhilfe, auf die durch die Auswirkungen des blutigen Bürgerkriegs hungernde Bevölkerung Russlands aufmerksam zu machen und für Hilfsmaßnahmen zu werben, aber auch Sympathien für die Kommunistische Partei zu erwecken.<sup>82</sup>

Bei der Manifestantenschaft handelte es sich folglich um eine Gruppierung außerordentlich Manifest-affiner Persönlichkeiten. Darüber hinaus kannten sich aber auch die meisten untereinander, waren einander spätestens über eine Ecke vertraut. Erstens war dies durch gemeinsame Publikationsarbeit bzw. berufliches Zusammenwirken geschehen. Ein auffälliger Her-

78 Piscator, Erwin: Von der Kunst zur Politik, in: Boeser, Knut/Vatková, Renata (Hg.): Erwin Piscator. Eine Arbeitsbiographie in 2 Bänden. Band 1. Berlin 1916-1931, Berlin 1986, S. 12-17, hier S. 17.

79 Vgl. Sahl, Hans: George Grosz oder Die Vertreibung aus dem Paradies, in: Grosz, George/ders./Riha, Karl (Hg.): So long mit Händedruck. Briefe und Dokumente, Hamburg 1993, S. 7-24, hier S. 9 ff.

80 Ebd., S. 17.

81 Zu Kollwitz vgl. Kneher, Jan: „Saatfrüchte sollen nicht vermahlen werden“: Käthe Kollwitz - eine Künstlerin kämpft für eine Friedenswelt, in: Harth/Schubert/Schmidt (Hg.) 1985 (s. Anm. 69), S. 203-216, hier S. 212 f.

82 Vgl. Surmann 1982 (s. Anm. 70), S. 51 ff.

kunftsort der Manifestantenschaft war neben der DLfM zweifellos *Die Weltbühne*.<sup>83</sup> Tucholsky arbeitete für sie von Paris, Franz Carl Endres von der Türkei aus; Persius, Adolf Behne, Hans Reimann, Hans Siemsen und – ganz besonders – Kurt Hiller zählten gleichfalls zu ihrer illustren Autorennriege – und Jacobsohn stand über allen als ihr Herausgeber. Tucholsky redigierte die Texte Kuczynskis, der seit 1924 Mitarbeiter der *Weltbühne* war.<sup>84</sup> Gemeinsame Publikationsarbeit verrichteten auch Eduard Fuchs, Kurt Kersten, Stöcker und Behne für die 1924 gegründete Zeitschrift *Das neue Rußland*;<sup>85</sup> Grosz illustrierte mit seinen verstörenden Zeichnungen die Schriften Reimanns; und Kollwitz, Zille, Kersten, Behne und Tucholsky schrieben und zeichnten ihren Frust über die Missstände in der Gesellschaft u.a. gemeinsam in der Zeitschrift *A-I-Z (Arbeiter Illustrierte Zeitung)* von der Seele, die ihre Autoren als „eine Waffe zum geistigen Selbstschutz der breiten werktätigen Massen“<sup>86</sup> verstanden, die aber auch Willi Münzenberg verlegte, der stellvertretende Vorsitzende des Kuczynski-Ausschusses.

Zweitens rührten die persönlichen Bekanntschaften aus einer gemeinsamen Organisationsarbeit und vereint verfolgten Zielen. Einstein, Kollwitz, Kuczynski, Stöcker und Tucholsky gehörten zu den führenden Mitgliedern der DLfM. Ihnen bot diese vorwiegend pazifistisch engagierte Organisation, die auf das politische Leben mit Denkschriften und anderen Publikationen einwirkte,<sup>87</sup> einen geeigneten Rahmen, um ihrem politischen Aktionsdrang ein Ventil zu verschaffen. Tucholsky und Johannes R. Becher gehörten zu den achtzehn Schriftstellern, die 1925 die „Gruppe 25“ gründeten, die sich als „Teil der ‚geistesrevolutionären Bewegung unserer Zeit‘ verstand“<sup>88</sup> und der bald auch George Grosz und Erwin Piscator beitraten. Stöcker und Hiller kannte man in Berlin bereits einige Jahre vor dem Ersten Weltkrieg als eine regelrechte „Kampfgemeinschaft“ für feministische und pazifistische

83 Im Urteil der Historiker fiel deren permanente Kritik an der Weimarer Republik „gnaden- und alternativlos“ aus; Wehler, Hans-Ulrich: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*. Bd. 4: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten. 1914 – 1949, München 2003, S. 479; vgl. auch King 1983 (s. Anm. 65), S. 66-72.

84 Siehe Brief Tucholsky an Jacobsohn vom 10.11.1925, in: Jacobsohn 1989 (s. Anm. 70), S. 334; ebd., S. 541.

85 Vgl. Huonker, Thomas: *Revolution, Moral & Kunst*. Eduard Fuchs: Leben und Werk, Zürich 1985, S. 156; Surmann 1982 (s. Anm. 70), S. 43.

86 Clara Zetkin zitiert nach Surmann 1982 (s. Anm. 70), S. 104.

87 Zur DLfM vgl. Fritsch, Werner: *Deutsche Liga für Menschenrechte (DLfM) 1922-1933*, in: Fricke, Dieter et al. (Hg.): *Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945)*, Bd. 1, Allderischer Verband Deutsche Liga für Menschenrechte, Leipzig 1983, S. 749-759.

88 Vgl. Bemann 1990 (s. Anm. 63), S. 350.

Ziele.<sup>89</sup> Auch Kollwitz und Kuczynski waren einander schon vor dem Krieg begegnet und hochachteten sich seitdem. Als Statistikexperte hatte sich Kuczynski 1912 als Versammlungsredner für den „Propaganda-Ausschuß für Groß-Berlin“ zur Verfügung gestellt, der seinerzeit die öffentliche Aufmerksamkeit auf die miserablen Wohnverhältnisse der überfüllten Reichshauptstadt zu lenken suchte. In jenem Ausschuss saß u.a. Kollwitz. Eine exakte Berechnung Kuczynskis und eine emotional berührende Grafik Kollwitz' zierten ein überall in Berlin prangendes, später vom Polizeipräsidenten verbotenes Plakat.<sup>90</sup> Und zu guter Letzt hatten einige der Manifestanten die geheime Finanzierung der Reichswehr aufgedeckt. Dabei handelte es sich um den ehemaligen Marineoffizier Lothar Persius, der 1925 an dem von der Deutschen Liga für Menschenrechte veröffentlichten „Weißbuch über die Schwarze Reichswehr“ mitschrieb, und um Siegfried Jacobsohns *Weltbühne*, welche die konspirativ von der Reichswehr betriebenen Gründungen paramilitärischer Organisationen enthüllte.

Schließlich bestand drittens in unterschiedlichem Ausmaß auch eine private Bekanntschaft. Dass Tucholsky 1924 als Korrespondent der *Weltbühne* die Hauptstadt des von ihm gescholtenen Deutschland in Richtung Paris verlassen und dem „verschleißenden tagesjournalistischen Arbeitsprozess“<sup>91</sup> entfliehen konnte, hatte ihm sein Chef und enger Freund, Siegfried Jacobsohn, durch die Einrichtung eines neuen Arbeitsplatzes ermöglicht. Freunde waren auch Tucholsky und der Schauspieler Paul Graetz – eine Größe der damaligen Theater- und Kabarettszene Berlins und Protegé des Regisseurs Max Reinhardt; Tucholsky schrieb für Graetz Chansons, die dieser dann vortrug, und widmete ihm sogar Gedichte.<sup>92</sup> Oder Pechstein und Grosz, die sich im gemeinsamen Hass auf den Militarismus angefreundet hatten.<sup>93</sup> Piscator und Grosz waren seit den hektischen Tagen der „Novemberrevolution“ in Berlin enge Kompagnons. Zusammen diskutierten sie eifrig, wie man politische Einstellungen mit dem Medium der Kunst wohl am besten zum Ausdruck bringen könnte, schwärmten für Karl Liebknecht und unterstützten den Spartakusbund. „Russland war unser Ideal“, so bekannte Piscator später.<sup>94</sup> Waren nicht alle auf gleiche Weise in persönlicher Sympathie miteinander verbunden, so kannte und respektierte man sich doch als Teil einer zwar nicht kleinen, aber immer noch überschaubaren Gesellschaft der links-

89 Vgl. Rantzsch 1984 (s. Anm. 72), S. 196.

90 Vgl. hier und folgend Kuczynski 1957 (s. Anm. 12), S. 37 ff. u. S. 42; siehe auch Kollwitz, Käthe: Die Tagebücher (hrsg. von Jutta Bohnke-Kollwitz), Berlin 1988, S. 636.

91 Bemann 1990 (s. Anm. 63), S. 266 ff.

92 Vgl. Tucholsky, Kurt: Kurt Tucholsky. 1890-1935. Ein Lebensbild (hrsg. von Richard v. Soldenhoff), Berlin 1985, S. 268.

93 Siehe Pechstein, Max: Erinnerungen (hrsg. von Leopold Reidemeister), München 1963, S. 114.

94 Siehe dazu Piscator 1986 (s. Anm. 78), S. 15 f.

intellektuellen Elite Berlins.<sup>95</sup> Und die wenigen Fälle, in denen eine persönliche Abneigung das Verhältnis trübte, spielte keine Rolle mehr, sobald es gegen den gemeinsamen Gegner, gegen die „Reaktionäre“ ging.<sup>96</sup>

Insgesamt waren die Manifestanten von dem Ansinnen geleitet, der in ihren Augen versagenden Politik und Justiz ein zivilgesellschaftliches Korrektiv entgegenzusetzen. Sie alle glaubten sich einer wahrhaftigen „Volksbewegung“ gegenüber, der es bloß noch die politische Richtung zu weisen galt. Speziell Kuczynski versuchte mit seinem Ausschuss und der Volksgesetzgebung, Parlament und Regierung so stark unter Druck zu setzen, dass sie nicht mehr um eine gesetzliche Enteignung umhin kommen würden. Ihm war klar, dass selbst ein erfolgreicher Volksentscheid binnen kürzester Zeit vom Parlament mit einem Gegengesetz wieder konterkariert werden konnte. Ihm ging es um ein unübersehbares Zeichen, das sogar „selbstherrliche parlamentarische Parteien“<sup>97</sup> nicht einfach würden ignorieren können: „Neunzehn Millionen Stimmen sind selbst dann nicht in den Wind zu schlagen, wenn die letzte Million fehlt. Die Regierung muss auf die Massen Rücksicht nehmen. [...] Unser Ziel wird erreicht.“ Insofern kreierte das Manifest allerdings eine Illusion von der Volksgesetzgebung und hätte im Falle eines erfolgreichen Volksentscheids die Verdrossenheit ob des politischen Systems nur noch weiter erhöht.

So weit zu den Motiven. Doch noch etwas fällt auf: Über vierzig Unterschriften von Schriftstellern, Film-, Theater- und Zeichenkünstlern, Universitätsprofessoren, Klerikalen und aus dem Dienst geschiedenen Offizieren zählte das Manifest. Doch barg diese äußerliche Verschiedenheit eine innere Ähnlichkeit. Dies betraf nicht nur die bereits erwähnte Übereinstimmung in der politischen Meinung und dem zivilgesellschaftlichen Engagement. Vor allem ähnelten sich die biographischen Verläufe innerhalb der Manifestantenschaft erstaunlich stark. Die meisten Unterzeichner wurden entweder durch den Ersten Weltkrieg oder die grassierende Not größerer Bevölkerungsteile politisiert. Während der Weimarer Republik gehörten sie Zirkeln

95 Tucholsky kannte auch Persius, Reimann und Zille persönlich, Jacobsohn und Herzog speisten hin und wieder zusammen Mittag; siehe Brief Tucholsky an Jacobsohn vom 10.08.1923, in: Jacobsohn 1989 (s. Anm. 70), S. 156; Brief Tucholsky an Jacobsohn vom 14.01.1925, in: ebd., S. 249; ebd., S. 547.

96 Einige Unterschriften lassen sich ferner durch die Führungsrolle erklären, die einige Manifestanten in Mitgliedsorganisationen des Kuczynski-Ausschusses bekleideten. Darunter fallen Helene Stöcker, die im Vorstand der DLfM saß, Leonard Nelson, seines Zeichens Kopf des „Internationalen Sozialistischen Kampfbundes“ (ISK) und Paul Oestreich, der den „Bund entschiedener Schulreformer“ führte.

97 Hier und folgend Kürschner, Artur (Interview mit Robert Kuczynski): Beim Fürstenenteigner, in: Neues Wiener Journal, 04.04.1926. „Druck auf den Reichstag!“, lautete die Devise; Rundschreiben Nr. 5 des Reichsausschuß für Fürstenenteignung vom 18.03.1926, in: ZLB, NL Kuczynski, Kuc8-7-91.

an, die das demokratische System verteidigen oder es zugunsten einer kommunistischen Variante verändern wollten, in jedem Fall aber die ehemaligen Machteliten und Apologeten des Kaiserreichs zum Feind erkoren hatten. Sie gelangten zu gemeinsamen Interpretation und erlebten dieselbe Wirklichkeit, sehr häufig traf sich ihr politisches Engagement zu denselben Anlässen. Die meisten von ihnen standen in Konflikt mit Behörden, lieferten sich erhitzte Kämpfe mit einer feindlich gesinnten Presse, sahen sich in der Zeit der Weimarer Republik als Leidensgenossen kollektiv Repression und Diffamierung, nach 1933 Unterdrückung und Verfolgung durch das NS-Regime ausgesetzt. Nach der „Machtergreifung“ begaben sie sich in die Emigration, wo sie ihre Opposition zunächst gegen die Diktatur Hitlers, später auch für die Beendigung des von Deutschland entfachten Kriegs fortsetzten.

Beispielsweise keifte die konservative Presse gegen den „Ungeist“ Piscators, welcher mit seinem „Parteitheater“ „tote Soldaten auf den Kehrriechthäufen“ werfe und machte ihn zum Synonym für Verachtenswertes: bei Grosz, der „Piscator mit Zeichenstift“, der Gott verhöhne; bei Tucholsky, der „Piscator des Schrifttums“, der mit seiner Feder Seelen vergifte; und bei Kerr, einem „Piscator der Kritik“, der alle anderen „Piscatoren“ „grüßt und ermuntert“.<sup>98</sup> Und Kuczynski verleumdete die rechtsextreme Presse als „galizischen Juden“.<sup>99</sup> Albert Einstein wurde durch den Ersten Weltkrieg politisch erweckt, weil er die Kriegsbegeisterung seiner Landsleute für verabscheuungswürdig hielt, und Helene Stöcker, weil sie der Krieg zwischen vermeintlich zivilisierten Kulturvölkern zutiefst erschütterte.<sup>100</sup> Hiller und Schaxel standen 1918/19 an der Spitze von Arbeiterräten, Eduard Fuchs und Hermann Duncker kämpften zur gleichen Zeit an der Seite von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht im Spartakusbund.<sup>101</sup> Auch wurden die Manifestanten kollektiv Opfer des NS-Regimes, durch KZ-Internierung, Flucht, Vertreibung und Eigentumsverlust. Ein Großteil der Manifestantenschaft fand sich daher nach 1933 im Ausland wieder, nicht wenige setzten ihre zivilgesellschaftlichen Aktivitäten fort. Hinsichtlich ihrer politischen Einstellungen, Werthaltungen, ihrem Politisierungsgrad also, und der Kontinuität ihres oppositionellen Handelns erschienen die Manifestanten als eine weitläufig homogene Gruppe, deren Entstehung trotz ihrer Größe kaum mehr verwundert.

Kurzum: Die Zugehörigkeit zu einer Szene bürgerlicher Intellektueller mit besonderen politischen Einstellungen war im Falle dieses Manifests nicht nur berufungsförderlich, sondern voraussetzend, wurde die Manifestantenschaft doch nicht offen rekrutiert, sondern selektiv. Denn der mit ex-

98 Siehe Piscator, Erwin: Der Kaufmann von Berlin. Berlin 1929, in: Boeser/Vatková (Hg.) 1986 (s. Anm. 78), S. 244-252, hier S. 250.

99 Zitiert nach Jung 1996 (s. Anm. 10), S. 716.

100 Vgl. Pflug 1981 (s. Anm. 74), S. 27 ff.; Rantzsch 1984 (s. Anm. 72), S. 199.

101 Vgl. Huonker 1985 (s. Anm. 85), S. 135-152.

zellenten Multiplikatoren wie Stöcker und Kuczynski bewehrte Ausschuss ließ den Aufruf nur in ausgesuchten Kreisen zirkulieren, in denen untereinander ein gewisses Maß an Vertrauen und Solidarität herrschte.<sup>102</sup> Die private, berufliche und zivilgesellschaftliche Verbundenheit, die zwischen den Manifestanten bestand, erleichterte es dem Manifest ungemein, zu Unterzeichnern zu kommen – schließlich unterschrieb man gerne einen Aufruf, den ein Freund, Kollege und Mitstreiter empfahl.

## Ressourcen und Restriktionen

Die Manifestantenschaft wusste einige Ressourcen aufzubieten, um für Unterstützung zu werben. Allen voran Kurt Tucholsky, der im linken Lager eine große Popularität genoss, die er sich als mitreißender Redner erarbeitet hatte.<sup>103</sup> Er verlieh dem Anliegen des Manifests zusätzliche Publizität, indem er beispielsweise in der proletarischen Satirezeitschrift *Der Knüppel* ein Gedicht mit dem provokanten Titel: „Wollt ihr die die Dummen sein?“, veröffentlichte, welches die mobilisierenden Zeilen enthielt: „Fürsten raus – ! / Es ist hohe Zeit! / Alle Mann auf Deck! / Zum Volksentscheid –!“<sup>104</sup> Hiller, Oestreich und Stöcker stellten sich der Enteignungskampagne als prominente Redner zur Verfügung.<sup>105</sup> Jacobsohn und Kerr zählten in den 1920er Jahren zur „Elite der deutschen Theater- und Literaturkritiker“<sup>106</sup>. Auch Herzog, Hiller und Kersten waren damals nicht etwa bedeutungslose Randfiguren, sondern „linke Prominenz“<sup>107</sup>. Viele nutzten ihr Renommee zur Meinungsmultiplikation: Kurt Hiller brachte eine Resolution ein, mit welcher er erreichte, dass der Ausschuss des „Deutschen Friedenskartells“ am 17. Mai 1926 doch noch „alle organisierten Pazifisten zum Ja beim Volksentscheid aufforderte“. Und Paul Oestreich setzte im Friedenskartell die Ausrichtung einer Massenkundgebung durch.<sup>108</sup> Darüber hinaus besaßen die Manifestanten allesamt, wie bereits geschildert, eine herausragende Erfahrung im Publizieren politischer Meinung.

Das soziale und politische Profil der Manifestantenschaft war jedoch monoton. Obgleich mit Persius und Endres beispielsweise zwei hochrangige Ex-Militärs dazu zählten, waren diese aufgrund ihrer Biographie gänzlich unfähig, in militärraffinen Gruppen Unterstützung für den Aufruf einzuwerben. Denn weil sie pazifistische Kritik am deutschen Militärwesen und des-

102 Siehe Jung 1996 (s. Anm. 10), S. 733.

103 Vgl. Bemann 1990 (s. Anm. 63), S. 238. Tucholsky unterzeichnete das Manifest zwar mit einem seiner Pseudonyme, Ignatz Wrobel, jedoch kannten ihn seine „Fans“ hierunter.

104 Siehe ebd., S. 354.

105 Vgl. Jung 1996 (s. Anm. 10), S. 962.

106 Wehler 2003 (s. Anm. 83), S. 501.

107 Jung 1996 (s. Anm. 10), S. 734. Das folgende Zitat ebd., S. 961.

108 Vgl. ebd., S. 962.

sen Ausstrahlungskraft auf die Gesellschaft übten, Angriffe auf militärische Heldenfiguren wie Alfred v. Tirpitz oder Erich Ludendorff unternahmen und die Öffentlichkeit über geheime Bestrebungen der Reichswehr wie zum Beispiel der illegalen Unterstützung von paramilitärischen Organisationen aufklärten, waren sie in den Augen des Offizierskorps verräterische Abtrünnige, die es zu bestrafen galt.<sup>109</sup> Und Walter Loeb, der auf den ersten Blick als finanziell arrivierter Wirtschaftsberater und ehemaliger Bankdirektor bürgerliche Schichten zu repräsentieren schien, war bekennender Marxist, der Enteignungen zugunsten der Allgemeinheit verfocht.<sup>110</sup> Die Manifestantenschaft bot Namen auf, mit denen allenfalls dort eine verstärkte Unterstützung gewonnen werden konnte, wo ohnehin bereits eine starke Sympathie für das Manifest-Anliegen bestand. Die Manifestantenschaft glich einer Liste des „Who-is-who“ der linken Prominenz, sie enthielt Namen von Personen, welche die SPD bekanntermaßen auf dem Parteienspektrum eher rechts als links verorteten. Dadurch aber verstärkte ihr sozialstrukturelles Erscheinungsbild lediglich die inhaltliche Nähe des Manifest-Textes zum linken Lager, statt sie zu kompensieren und dadurch Personengruppen zu integrieren, die in ihrer politischen Haltung normalerweise mit SPD und KPD nichts zu tun hatten. Aristokratisch und nationalkonservativ gesinnten Zeitungen war es bei dieser Ansammlung von bekennenden Marxisten, Sozialisten und kommunistischen Parteimitgliedern ein Leichtes, zu einem Boykott des „sozialistischen Begehrens“<sup>111</sup> aufzurufen und vor der „Macht Moskaus“<sup>112</sup> zu warnen. Und wie hätte der Verdacht auf kommunistische Agentur auch widerlegt werden sollen – schließlich waren die Unterzeichner ja auch alle große Sympathisanten von Marx, Engels und Lenin?<sup>113</sup> Das Ziel des Kuczynski-Ausschusses, damit also auch des Manifests, „vor allem die Schichten heran[zuh]olen, die die von den Parteien (SPD und KPD) nicht erfasst werden können“<sup>114</sup>, konnte auf diese Weise nur schwer erreicht werden.

109 Vgl. Schaerer, Simon: Franz Carl Endres (1878-1954) – Kaiserlich-osmanischer Major, Pazifist, Journalist, Schriftsteller, in: Wette, Wolfram (Hg.): Pazifistische Offiziere in Deutschland 1871-1933, Bremen 1999, S. 231-245; Steinkamp, Peter: Kapitän zur See a.D. Lothar Persius (1864-1944) – Ein Seeoffizier als Kritiker der deutschen Flottenpolitik, in: ebd., S. 99-109.

110 Vgl. dazu Später, Jörg: Vansittart. Britische Debatten über Deutsche und Nazis 1902-1945, Göttingen 2003, S. 291.

111 Horstmann 1991 (s. Anm. 3), S. 112.

112 O.V.: Die Große Linke, in: Gewissen, 05.04.1926.

113 Siehe Habedank 1965 (s. Anm. 28), S. 155 f. u. S. 173.

114 Reichsausschuß für Fürstenenteignung (Hg.): Richtlinien für die Tätigkeit der Ortsausschüsse für Fürstenenteignung, in: ZLB, NL Kuczynski, Kuc8-7-77.

## Der Kampf geht weiter

Gemessen an dem Anspruch und der Vermutung, Teil einer lebhaften Volksbewegung zu sein, verschwand der Kuczynski-Ausschuss nach dem gescheiterten Volksentscheid sang- und klanglos von der Bildfläche. Zusammen mit der gleichzeitigen Abkehr von SPD und KPD zerbrach die zuvor noch entschlossene Organisation, erlahmte nach etwa einem Jahr im Herbst 1926 auch die soziale Bewegung gegen die Fürstenabfindung. Nur noch einzelne Manifestanten bemühten sich um eine politische Fortführung der Initiative. So Siegfried Jacobsohn, der am 16. November 1926 in der *Weltbühne* den Versuch unternahm, mit einem neuerlichen Plebiszit – diesmal auf Landesebene – eine kurz zuvor getroffene Vereinbarung des preußischen Staats mit dem Hohenzollernhaus rückgängig zu machen.<sup>115</sup> Leute wie Jacobsohn oder auch der einstige Redakteur der *Mitteilungen* des Kuczynski-Ausschusses, Emil Rabold, stemmten sich gegen plötzliche „das Nachlassen der Kräfte“<sup>116</sup>. Jacobsohn starb allerdings am 2. Dezember 1926 – und mit ihm das Vorhaben eines Volksbegehrens in Preußen.

Allerdings fanden sich viele der Manifestanten anlässlich anderer Aktionen zusammen. Dies war freilich weniger ein Resultat des gemeinsam geübten Protests gegen die staatliche Fürstenabfindung, sondern eher das Ergebnis aufrechterhaltener Kontinuität – schließlich hatten sich ja die meisten auch vor 1926 in dieselben Projekte eingebracht, denselben Organisationen angehört und zu denselben Themen Stellung bezogen. Und so ging es 1926 auch weiter. Die Schriftsteller Hiller, Stöcker und Tucholsky gründeten im Juli 1926 die „Gruppe Revolutionärer Pazifisten“ (GPR), welche die kapitalistische Gesellschaftsordnung als Ursache von Krieg zu bekämpfen trachtete und sich dem Ziel einer „sozialen Revolution“<sup>117</sup> verschrieb.<sup>118</sup> Noch ein solcher Zirkel war der „Club 1926 e.V.“, Gesellschaft für Politik, Wissenschaft und Kunst, den die Künstler Grosz, Pechstein und Piscator 1926 ins Leben riefen, dem sich Hiller und Stöcker anschlossen und der ein Treffpunkt bürgerlicher Pazifisten war.<sup>119</sup> Im Januar 1928 entstand der „Volks-Film-Verband“, in dem sich Kulturschaffende gegen zunehmende Unterdrückungsversuche des Staats solidarisierten; seine Gründungsmitglieder waren u.a. Kollwitz, Piscator, Kerr, Becher, Tucholsky und Zille.<sup>120</sup> 1928 wurde

115 Vgl. hierzu Jung 1996 (s. Anm. 10), S. 1044-1047.

116 Ebd., S. 1045; siehe auch Arbeitsprogramm des Reichsausschusses (o.D.), in: ZLB, NL Kuczynski, Kuc8-7-78.

117 Stöcker zitiert nach Rantzsch 1984 (s. Anm. 72), S. 206.

118 Zu der Gruppe vgl. allgemein Bockel, Rolf v.: Ein Beispiel: Die „Gruppe Revolutionärer Pazifisten“, in: Harth/Schubert/Schmidt (Hg.) 1985 (s. Anm. 69), S. 43-46.

119 Vgl. Fricke, Dieter/Fritsch, Werner: Deutsche Friedensgesellschaft (DFG) 1892-1933, in: Fricke et al. (Hg.) 1983 (s. Anm. 87), S. 667-699, hier S. 685 f.

120 Vgl. Surmann 1982 (s. Anm. 70), S. 183.

der *Eulenspiegel* gegründet, welcher Gruppen zu erreichen suchte, „die durch die Kampagnen für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten und für die Bildung der Einheitsfront der Werktätigen mobilisiert worden waren“, und dessen Arbeit sich als „Kampf gegen die Reaktion“ verstand.<sup>121</sup> Zur Redaktion gehörten u.a. Becher, Grosz, Kollwitz, Tucholsky und Zille. Abseits solcher regelmäßigen Verbindungen gab es zu sporadischen Ereignissen eine wiederholte Zusammenarbeit einiger Manifestanten in der Öffentlichkeit. Etwa 1927, als der Vorstand der „Volksbühne“ seine selbstauferlegte Verpflichtung zu politischer Neutralität in einer Inszenierung Piscators verletzt sah und den vermeintlichen Delinquenten in aller Öffentlichkeit mit einer heftigen Rüge maßregelte.<sup>122</sup> Daraufhin erschien ein Text, in dem sich eine Reihe der deutschen Kulturelite mit Piscator solidarisch erklärte. Mit dabei war so gut wie jeder Künstler, der auch ein Jahr zuvor den Aufruf zur Fürstenenteignung unterzeichnet hatte: Becher, Eysoldt, Georg, Grosz, Herzog, Kerr, Kersten, Pechstein, Siemsen und Tucholsky. Als die KPD 1928 ein erneutes Volksbegehren, diesmal gegen den politisch umstrittenen Bau eines Panzerkreuzers, anstrebte, unterschrieben Pechstein und Kerr einen Aufruf „Gegen Panzerkreuzer! Für Fortschritt und Kultur! Für Beseitigung sozialer Not und Ungerechtigkeit!“; auch Hiller, Stöcker und Tucholsky setzten sich mit der GPR für das Plebiszit ein.<sup>123</sup> Ferner waren einige Manifestanten während des NS-Regimes in die „Volksfront“ involviert, so Becher, Schaxel und Stöcker.<sup>124</sup> Der marxistische Unternehmer Walter Loeb war während des Zweiten Weltkriegs „Spiritus Rector der aus Sozialisten bestehenden antideutschen Verlagsgesellschaft ‚Fight for Freedom‘“; im März 1942 unterschrieb er eine Erklärung, die Thesen zur jüngsten Geschichte Deutschlands und der Sozialdemokratie enthielt.<sup>125</sup>

121 Ebd., S. 126.

122 Siehe „Solidarität mit Piscator“, in: Boeser/Vatková (Hg.) 1986 (s. Anm. 78), S. 130 f.; insgesamt ebd. S. 129 ff.

123 Vgl. Rantzsch 1984 (s. Anm. 72), S. 137; Surmann 1982 (s. Anm. 70), S. 127.

124 Siehe Fricke 1964 (s. Anm. 74), S. 52. Die „Volksfront“ unternahm als Ansammlung deutscher Exilanten zumeist sozialistischer Provenienz den Versuch, die deutsche und internationale Öffentlichkeit auf den verbrecherischen Charakter des NS-Regimes aufmerksam zu machen und Entwürfe für ein postnationalsozialistisches System zu unterbreiten; vgl. hierfür auch den Beitrag von Jens Gmeiner und Markus Schulz in diesem Band.

125 Zu Loeb vgl. Später 2003 (s. Anm. 110), S. 288-291, für das Zitat siehe S. 158.

## ERFOLG IM SCHEITERN: VON VIERZEHN MILLIONEN DEUTSCHEN „SCHWEINEHUNDEN“

Der Einfluss des Manifests auf die politischen Geschehnisse lässt sich kaum exakt messen. Nicht zuletzt wegen der geringen medialen Resonanz, die der Aufruf erzielte. Er erschien lediglich in Organen von Organisationen, die entweder direkt mit dem Kuczynski-Ausschuss verwoben waren oder sich mit diesem in enger Kooperation befanden, insgesamt also entweder tendenziös, gering aufgelegt oder regional beschränkt waren: Beispielsweise erschien der Aufruf-Text in den ausschusseigenen *Mitteilungen* vom 5. März 1926, im *Vorwärts* vom 6. März, in der *Schwäbischen Tagwacht*, ebenfalls einer sozialdemokratischen (Lokal-)Zeitung am 10. März und als „Aufruf deutscher Geistesarbeiter“ in der kommunistischen *Neuen Zeitung* in Thüringen.<sup>126</sup> Eine Rezeption durch neutralere Redaktionen erfolgte nicht, wohl da der überwiegend von profilierten Linksliberalen unterzeichnete Aufruf nichts sonderlich Spektakuläres an sich hatte, vielmehr gewöhnlicher Bestandteil der damals üblichen Propaganda war. Die Manifestanten waren weithin dafür bekannt, derlei zivilgesellschaftliche Interventionen in die Politik zu unterstützen, sie bestätigten lediglich den Eindruck, den man bereits von ihnen hatte. Bei den meisten handelte es sich gleichsam um Wiederholungstäter, die ihre bürgerschaftliche Courage in der Vergangenheit bereits mehrfach unter Beweis gestellt hatten. Insofern lässt sich durchaus ein Abnutzungseffekt erkennen, noch dazu verstärkt durch die damalige Publikations- und Debattenkultur, in der ein solcher Aufruf eher trivial wirkte.

Medial ohne nennenswerte Konsequenz, war der Kuczynski-Ausschuss politisch hingegen zum Teil äußerst erfolgreich. Im März 1926 wurden die für das Volksbegehren benötigten vier Millionen mit abgebenen 12,5 Millionen bei Weitem übertroffen, die Gazetten der Unterstützer des Aufrufs jubilierten über den „Volkssieg über Fürstenhabgier“<sup>127</sup>. Der über den endgültigen Erfolg richtende Volksentscheid vom 20. Juni 1926 scheiterte jedoch, statt der erforderlichen zwanzig hatte es nur vierzehn Millionen positive Stimmen gegeben.<sup>128</sup> Der abgedankte Kaiser Wilhelm II. ließ aus seinem niederländischen Exil verlautbaren: „Also gibt es 14 Millionen Schweinehunde in Deutschland.“<sup>129</sup> Elektoral war dies dennoch ein beeindruckender Erfolg, überstieg das Ergebnis doch die Wählerzahlen, welche die Parteien, die eine Enteignung befürworteten, bei Reichstagswahlen üblicherweise gewärtigen konnten.<sup>130</sup> Die Linksparteien hatten im Verbund mit außerparlamentari-

126 Vgl. Fricke 1964 (s. Anm. 74), Anm. 98/S. 58; Jung 1996 (s. Anm. 10), Fußnote 84/S. 733.

127 Emil Rabold in der *Weltbühne* zitiert nach Horstmann 1991 (s. Anm. 3), S. 119.

128 Vgl. hierzu Richter 2002 (s. Anm. 49), S. 426; Schulze, Hagen: Weimar. Deutschland 1917-1933, Berlin 1982, S. 301 f.

129 Zitiert nach Horstmann 1991 (s. Anm. 3), S. 141.

130 Vgl. ebd., S. 120 u. S. 140.

schen Organisationen, mit dem Kuczynski-Ausschuss zumal, lagerferne Zustimmung erreicht. Bevölkerungsgruppen wie die katholischen Anhänger der Zentrumspartei hatten ihr Stimmrecht entgegen ihren konventionellen Verhaltensmustern ausgeübt.

Was die Politik der Reichsregierung und die Entscheidungen des Reichstags betraf, so blieb das Vorhaben allerdings folgenlos. Ein Volksgesetz war nicht zustande gekommen, auch fürderhin kam es auf nationaler Ebene zu keiner Einigung. Die Länder trafen nun, bis 1933, mit den jeweiligen Fürstenhäusern Vergleichsvereinbarungen. In Preußen beispielsweise einigten sich Staat und Hohenzollernhaus auf einen Vergleich, der das einstige Königs- und Kaisergeschlecht mit einem standesgemäßen Grundbesitz und fünfzehn Millionen Reichsmark abfand.<sup>131</sup> Verdrossen konstatierte Carl v. Ossietzky im Januar 1927: „Heute haben die Hohenzollern ihr Geld, und Niemand spricht mehr davon. Typischer Verlauf einer Volksbewegung in Deutschland.“<sup>132</sup>

Weitaus bedeutsamere Konsequenzen als für die Politik zeitigte das Manifest für seine Initiatoren und Unterzeichner. Sie erlangten oder steigerten ihre historiographische Gewichtigkeit. Mal ehrlich: Wer würde sich noch, jenseits wissenschaftlicher Fachzirkel, an den Statistiker und Ökonomen Robert René Kuczynski erinnern? Aus heutiger Sicht reicht er wohl nicht an die Prominenz seines Sohnes Jürgen heran, der einst zu den Vorzeigewissenschaftlern der DDR gehörte. Doch in der Erzählung deutscher Geschichte fällt sein Name nicht selten in Zusammenhang mit der Kontroverse um die Fürstenenteignung, die konzentriert in den Jahren 1925/26 innenpolitisch ausgetragen wurde. Als eine der spektakulärsten und lehrreichsten Anwendungen direktdemokratischer Instrumente in der deutschen Geschichte war der dazugehörige Volksentscheid von historischer Bedeutung. Und so auch Kuczynski und die anderen Manifestanten. Sobald historische Darstellungen auf das Ereignis des Plebiszits zur Fürstenenteignung zu sprechen kommen, ist fast automatisch von dem Aufruf der Intellektuellen- und Kultur-Elite die Rede. Verantwortlich zeichnen dafür die heute wie damals prominenten Namen der Manifestanten: Käthe Kollwitz, Kurt Tucholsky, George Grosz, auch Heinrich Zille und erst Recht Albert Einstein sind kulturelle Berühmtheiten sowohl ihrer Zeit als auch der jüngeren deutschen Geschichte, die somit vielen Menschen auch im 21. Jahrhundert noch bekannt sein dürften. Daher bietet sich für Historiker der Verweis auf eine ihrer Aktionen – eben den Aufruf zur Fürstenenteignung – immer wieder an, während dem Manifest selbst kaum eine besondere Wirkung auf die damaligen Ereignisse zugeschrieben wird. In den 1950er Jahren versuchte Jürgen Kuc-

131 Vgl. ebd., S. 143

132 Zitiert nach Jung 1996 (s. Anm. 10), S. 1048. „Eine endgültige reichsgesetzliche Lösung fand erst unter totalitären Vorzeichen statt“, als sich die NS-Machthaber einem Gesetz vom 1. Februar 1939 die vollständige Verfügungsgewalt über den Fall sicherten; Horstmann 1991 (s. Anm. 3), S. 144.

zynski unter den begünstigenden Voraussetzungen des vorgeblichen „Arbeiter- und Bauernstaats“ DDR, seinen Vater posthum zu einem heldenhaften Kämpfer der Arbeiterbewegung zu verklären. Natürlich: Nichts dokumentierte die suggerierte „Parteinahme für die Ausgebeuteten und Unterdrückten – gegen die herrschende Klasse der Imperialisten, der Monopolkapitalisten“<sup>133</sup> besser als R. R. Kuczynskis Organisationsarbeit in der Fürstenfrage. Und noch zu Lebzeiten firmierte er als der „Fürstenenteigner“ und „Sieger“ des Volksbegehrens,<sup>134</sup> stand er im Blickpunkt von Journalisten, die ihn als exzellenten „Kenner der deutschen Wirtschaft und der des Auslandes“ lobten und ein gezeichnetes Portrait abdruckten.<sup>135</sup> Auch für die anderen Manifestanten war die Teilnahme am Aufruf eine weitere Trophäe für zivilgesellschaftliches Engagement, die sich nunmehr in biographischen Lexikonartikeln bestaunen lässt. Hiller, Stöcker, Einstein oder Tucholsky: Allesamt konnten sie mit dem Manifest ihre zivilgesellschaftliche Aktionsvita komplettieren und aufwerten.

### **Prädikat „demokratisch-wertvoll“: zur zivilgesellschaftlichen Bedeutung des Manifests**

Auch ohne politischen und öffentlichen Erfolg leistete das Manifest keinen geringen Beitrag zur politischen Kultur. Erstens stärkte es entgegen des Trends zur staatlichen Unterdrückung die öffentliche Meinungspluralität. Obwohl zu strenger Neutralität angehalten, sabotierten die Behörden in einigen Teilen des Reichs nämlich die Auslage der Einzeichnungslisten für Volksbegehren und –entscheid oder erschwerten durch bürokratische Schikanen die Eintragung.<sup>136</sup> Nicht wenige Beamte waren den alten aristokratischen Machtverhältnissen noch loyal verhaftet und erachteten das Plebiszit als einen ungebührlichen Angriff der Kommunisten auf die staatliche Ordnung. Die Manifestanten stemmten sich mit ihrem Aufruf gegen diese illegale Manipulation, indem sie die Bürger öffentlich zur Beteiligung an dem Plebiszit aufforderten.

Zweitens bereicherte das Manifest die politische Diskussion jenseits von Parteien und Parlamenten, lieferte es doch politisch interessierten Bürgern Diskussionsstoff und gab ihnen Argumentationsmaterial an die Hand. Denn die „Auseinandersetzungen, die Volksbegehren und Volksentscheid auslösten, erfassten die politisch interessierten Teile des Volkes, lösten dabei oft

133 Siehe hierfür Kuczynski 1957 (s. Anm. 12), S. 84.

134 Siehe Kürschner, Artur (Interview mit Robert Kuczynski): Beim Fürstenenteigner, in: Neues Wiener Journal, 04.04.1926.

135 Siehe o.V.: Ein Vorkämpfer für die entschädigungslose Fürstenabfindung: Dr. R. Kuczynski, in: Letzte Politik, H. 3/1926, S. 1.

136 Horstmann 1991 (s. Anm. 3), S. 128; auch Kaufhold 2004 (s. Anm. 41), S. 267; Brief Borgius an Kuczynski vom 13.03.1926, in: ZLB, NL Kuczynski, Kuc8-7-38; Dokument: Die Sabotage der Behörden, in: ebd., Kuc8-7-79.

grundlegende Diskussionen aus und ermöglichten so eine intensive Behandlung des Gegenstandes im vor- und außerparlamentarischen Raum<sup>137</sup>.

Das Manifest erbrachte, drittens, den Nachweis zivilgesellschaftlicher Lebendigkeit. Die Volksgesetzgebung ermöglichte dem politisch mündigen Bürger, „seine Sorgen und Nöte ebenso wie seine Wünsche und Hoffnungen an einem konkreten Gegenstand zu artikulieren“<sup>138</sup>. Wenn es sich dabei auch freilich um ein Ideal handelte, so traten die Manifestanten doch in der privaten Rolle von Staatsbürgern auf, die eben dies taten: die politischen Spielräume, die ihnen die Verfassung gewährte, auszunutzen.

Viertens artikulierte das Manifest die Meinung eines gewichtigen Teils der Bevölkerung. Hatten sich bis dahin allein professionelle Politikinstanzen und juristische Experten mit der Fürstenfrage befasst,<sup>139</sup> so entrissen die Manifestanten den Parteien das Thema und veröffentlichten eine politische Argumentation, die dem außerparlamentarischen Raum der Zivilgesellschaft entstammte. Die Befürworter einer Enteignung waren im Parlament unterproportional vertreten; schließlich überschritt die Kontroverse die Parteigrenzen und ließ auch etliche Wähler bürgerlicher Parteien für den Gesetzesentwurf der Kommunisten votieren. Dieses klaffende Repräsentanzdefizit wurde, wenn auch nur zu Teilen, durch die Manifestanten um Kuczynski überbrückt. Als Initiatoren und Unterstützer eines plebiszitären Gesetzesentwurfs platzierten sie die Meinung vieler Bevölkerungsgruppen in der Öffentlichkeit und im politischen Prozess.

Der „Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund“ oder der „Allgemeine Deutsche Beamtenbund“ riefen zur Unterstützung des Plebiszits auf; gleiches taten USPD, SPD und KPD. Abseits von Gewerkschaften und Parteien, die damals, in Zeiten intakter Milieus, kaum mehr als ihre eigene Klientel zu mobilisieren vermochten, bot das Manifest – so ließe sich fünftens annehmen – mit seinen Unterzeichnern die Chance, auch in milieufernen Schichten um Unterstützung zu werben, insoweit die am politischen Prozess beteiligten Akteure im Sinne einer vorteilhaften Symbiose zu ergänzen.

Sechstens kanalisierte das Manifest Partei(en)verdrossenheit. Emil Rabold etwa, der als Geschäftsführer des Kuczynski-Ausschusses mittelbar zur Manifestantenschaft zählte, frohlockte angesichts des beantragten Volksbegehrens über die Möglichkeit, nun endlich den „raffsüchtigen Fürsten einen Generalmarsch zu blasen“, worin die „Gesetzesschuster und Angstmeier verstaubter Parteistuben“, <sup>140</sup> zu denen in Anbetracht ihrer zaudernden Haltung zum Volksentscheid wohl auch die SPD gerechnet werden muss, bislang nicht in der Lage gewesen wären. Symptomatisch für diese Haltung war auch jene des Schriftstellers Wilhelm Herzog, der sich über den „Opportunismus und die Feigheit der sozialdemokratischen Führer“ jener

137 Kaufhold 2004 (s. Anm. 41), S. 269.

138 Ebd., S. 276.

139 Vgl. Jung 1996 (s. Anm. 10), S. 1060.

140 Zitiert nach Schüren 1978 (s. Anm. 14), S. 97.

Zeit echauffierte und diese des Pakts mit „Nationalisten“ und „kaiserlichen Generälen“ bezichtigte.<sup>141</sup> Und Kuczynski triumphierte nach dem erfolgreichen Volksbegehren auf einer Versammlung, man hätte „über den Reichstag gesiegt, weil dieser in der Abfindungsfrage versagt hat“<sup>142</sup>. Folglich kann man von einem nicht unerheblichen Anti-Parteienaffekt und Parlamentsverdross einiger Manifestanten ausgehen. Vielen von ihnen waren die Kommunisten in manchen Punkten zu radikal, die Sozialdemokraten hingegen zu kompromissbereit. Auch der sozialdemokratische Reichspräsident Paul Löbe konnte sich mit dem Aufruf weitaus entschiedener, ja leidenschaftlicher zu Wort melden, als dies die Haltung der Parteiführung zuließ.

Und schließlich siebte war das Manifest für politisierte Kulturschaffende eine für die damalige Zeit idealtypische Möglichkeit, ihre Meinungen und Forderungen zu veröffentlichen und einen punktuellen Eingriff in die Politik vorzunehmen. Es bot den hauptberuflich außerhalb der Politik stehenden Künstlern, Schriftstellern und Universitätsprofessoren eine vergleichsweise unkomplizierte Gelegenheit, sich öffentlich in die politische Debatte einzubringen, ohne gleich in den dauerhaften Parteibetrieb eingespannt oder von einer Organisation vereinnahmt zu werden. Weil es eine flexible Plattform für zivilgesellschaftlich ausgeübte Politik bildete, ermunterte es zu politischem Engagement.

Nicht zu verachten war im Übrigen die motivierende Kraft, die von dem Aufruf ausging. Denn zivilgesellschaftliche Akteure des linken Lagers hatten es in der Weimarer Republik keineswegs leicht: Ein im Ersten Weltkrieg zu unsterblichem Ruhm gelangter Feldmarschall war Staatsoberhaupt, Regierungen lösten in scheinbar immer schnellerer Abfolge aneinander ab und die im Kaiserreich dominanten Kräfte wiedererstarkten umso rascher. In der Bevölkerung gab es noch genug Vorbehalte gegen Demokratie und Parlamentarismus und der Einfluss bestimmter Machteliten des Kaiserreichs war ungebrochen. Gerade weil Stöcker und Co. sich solchermaßen energisch, tapfer und rege außerparlamentarisch engagierten, wurde ihnen eine große Frustrationstoleranz abverlangt – blieben doch die meisten ihrer Projekte ohne das erstrebte Resultat. Bis 1926 war Helene Stöcker nach etlichen Jahren politischer Arbeit ob deren Wirkungslosigkeit längst eine verzweifelte Gestalt.<sup>143</sup> Der grelle Kontrast zwischen Hoffnung und Realität bei Angelegenheiten wie dem Völkerbund, der an den ihm zugedachten Aufgaben regelmäßig scheiterte, hatten vermeintliche Erfolge oft genug als tatsächliche Träumereien entwertet.<sup>144</sup> Dass Stöcker sich sogar über eine Reise in das

141 Herzog, Wilhelm: Menschen, denen ich begegnete, Bern/München 1959, S. 85.

142 O.V.: Was nun? – Der Volksentscheid!, in: Berliner Volks-Zeitung, 30.03.1926.

143 Vgl. Habedank 1965 (s. Anm. 28), S. 28 f.

144 Vgl. Rantzsch 1984 (s. Anm. 72), S. 117 f. Nicht umsonst bewunderte sie die Sowjetunion als einen ehren Versuch, „etwa von der Sehnsucht und den

eisige Russland freute, wo sie in der Beobachtung der dort neu entstehenden Gesellschaft eine Ersatzbefriedigung für Veränderung fand, die ihr bislang verwehrt worden war; und dass Grosz in den 1930er Jahren „durch die seines Erachtens geringe Wirksamkeit von Karikatur und Satire, die weder der Zerfall der Arbeiterbewegung, noch das Erstarken des Faschismus aufhalten konnte, desillusioniert und verbittert“<sup>145</sup> war, zeigt vor allem eines: Selbst noch so energische Zivilgesellschaftler brauchen ab und an Erfolgserlebnisse, um sich immer wieder aufs Neue für ihre Aktionen aufraffen zu können.

Ein solches war die Beteiligung an der sozialen Bewegung gegen die Fürsten. Das erfolgreiche Volksbegehren und das passable Abstimmungsergebnis des Volksentscheids, insgesamt der Beweis, endlich auch einmal über linkspolitische Schichten hinaus Wirkung erzielt zu haben, ließ Stöcker und ihre Mit-Manifestanten „mit neuem Mut, mit wachsendem Vertrauen in die Kraft der Massen ihren Kampf fortsetzen“<sup>146</sup>. Insofern es als eine Quelle kurzzeitigen Erfolgsgenusses vor Frustration und Apathie bewahrte, trug das Manifest zur Revitalisierung zivilgesellschaftlicher Kräfte bei.<sup>147</sup>

---

Träumen der Menschen in die Wirklichkeit zu übersetzen“; zitiert nach ebd., S. 120.

145 Neugebauer, Rosa: George Grosz und sein Verhältnis zu Militarismus und Krieg, in: Harth/Schubert/Schmidt (Hg.) 1985 (s. Anm. 69), S. 147-162, hier S. 159.

146 Rantzsch 1984 (s. Anm. 72), S. 134.

147 Emil Rabold, ein Mitstreiter Kuczynskis, bekannte etwa: „Eine herrliche Aktion ist in Fluß gekommen. Das Volksbegehren ist da.“ Zitiert nach Habedank 1965 (s. Anm. 28), S. 37.

